Die Zukunft.

Berlin, den 5. November 1898.

Braunschweig.

Das Herzogthum Braunschweig hat seit einigen Jahren den zweifelhaften Vorzug, zu den „interessanten Ländern" gezählt zu werden. Man beschäftigt sich mit ihm mehr, als seiner eigenen politischen Bedeutung entspricht, weil in ihm Verhältnisse sich abspielen und Fragen zur Erörterung gelangen, die weit über seine Grenzen hinaus von Bedeutung sind. Wenn deshalb die Aufforderung an mich herantritt, über diese Dinge mich zu äußern, so finde ich Das ganz begreiflich; glauben doch naturgemäß die ferner Stehenden bei den Nächstbetheiligten die besten Aufschlüsse erhalten zu können. Und doch ist diese Hoffnung trügerisch. Denn worüber sollten die Landeseinwohner besser unterrichtet sein als andere Leute? Ueber die Stimmung im Lande und die Wünsche der Bevölkerung, — ja, darüber haben sie ein Urtheil, aber leider sind Das Faktoren, die für die Frage, was geschehen wird, kaum in Betracht kommen. Vielleicht wird man es in späteren Jahrhunderten wunderbar finden, daß nicht über die Gestaltung seines Schicksals in erster Linie das Land selbst zu entscheiden hat; aber heute stehen wir noch auf der Entwickelungstufe, daß das Land nur als Objekt von widerstreitenden Rechtsansprüchen und Interessen in Betracht kommt. Das, worüber ich Auskunft geben kann, ist also nicht die Zukunft, sondern die Gegenwart. Aber um sie zu verstehen, muß man auch die nächste Vergangenheit in Betracht ziehen; und da deren Ereignisse den Nächstbetheiligten besser in Erinnerung zu sein pflegen als dem großen Publikum, so glaube ich, hier in der That einen Vorzug zu besitzen und in der Lage zu sein, die Kenntniß der Leser dieses Blattes zu bereichern.

Wer die Zeit seit 1870 als urtheilsfähiger Mensch mit erlebt hat, muß sich wirklich ganz seltsam berührt fühlen, wenn er die heutigen politischen Verhältnisse in meinem lieben Heimathlande mit den vor etwa dreißig Jahren

bestehenden vergleicht. Damals galten die Begriffe nationalliberal und politisch urtheilsfähig, ja fast auch bürgerlich-ehrbar, so ziemlich als gleichbedeutend. Daß in einem der drei Reichstagswahlkreise ein anderer als ein nationalliberaler Kandidat gewählt werden könnte, schien so völlig ausgeschlossen, daß die Gesammtkosten einer Reichstagswahl für alle drei Kreise sich auf die Auslagen für ein Inserat im „Tageblatt" beschränkten, in dem das Wahlkomitee die Namen der aufgestellten Kandidaten bekannt gab. Freilich verfügte in der Hauptstadt die Sozialdemokratie über einige Tausend Stimmen, aber gegenüber der geschlossen auftretenden Bürgerschaft konnte sie an einen Erfolg nicht denken; und in den anderen beiden Kreisen erfolgte die Wahl meistens annähernd einstimmig. Den ersten Stoß erlitt diese unbedingte Herrschaft der nationalliberalen Partei durch die Spaltung im Jahre 1881; und 1884 war bereits die Erbitterung unter den feindlichen Brüdern so groß geworden, daß im ersten Kreise bei der Stichwahl ein Theil der Sezessionisten für den Sozialdemokraten stimmte und ihm zum Siege verhalf. Seitdem ist durch das Aufkommen der agrarischen und der welfischen Bewegung die politische Lage immer verworrener geworden; und bei der letzten Wahl wurden nicht allein zwei Sozialdemokraten gewählt, sondern der dritte Abgeordnete ist ein Kompromißkandidat, der freilich auch von nationalliberaler Seite unterstützt wurde und erklärt hat, der Fraktion als Hospitant beitreten zu wollen, der aber zugleich eingeschriebenes Mitglied des Bundes der Landwirthe und der Welfenpartei ist. Das nationalliberale Programm ist ja elastisch genug, um solche politische Monstrositäten zu gestatten.

Wenn ich von „der" Welfenpartei sprach, so ist Das etwas ungenau, denn es giebt nicht eine Partei dieser Art, sondern zwei solche. Beide standen einander sogar bis vor Kurzem nichts weniger als freundlich gegenüber, wie schon daraus hervorgeht, daß bei der letzten Wahl dem schließlich gewählten welfisch-nationalliberal-bündlerischen ein echt welfischer Kandidat entgegengestellt wurde. Diese beiden Richtungen auseinanderzuhalten, ist durchaus nöthig, wenn man die hiesigen Verhältnisse richtig würdigen will.

Die erste der beiden Gruppen hat sich um die von ihr herausgegebene Wochenschrift „Brunonia" gesammelt und wird deshalb in Ermangelung eines anderen anerkannten Namens regelmäßig nach ihr genannt. Ihre Anhänger stehen durchaus auf dem Boden der Ereignisse von 1866 und wollen ein geeinigtes starkes Deutschland unter Preußens Führung. Sie feiern die Geburtstage sowohl des Kaisers als des Herzogs von Cumberland und beim Tode Bismarcks brachte ihr Blatt einen Artikel, in dem das Verdienst des Verstorbenen um die nationale Wiedergeburt Deutschlands gepriesen wurde. Ihre einzige welfische Forderung ist die Rückkehr des Herzogs von Cumberland auf den Thron und die Beseitigung der ihm bisher entgegengesetzten

Hindernisse; als Weg dazu betrachten sie eine Verständigung zwischen dem Kaiser und dem Herzog. Wesentlich anders ist die Stellung der „Landesrechtspartei". Auch sie freilich will das Deutsche Reich erhalten sehen, aber nicht in der jetzigen Form, sondern ihr Ideal ist ein föderalistisches Großdeutschland, möglichst unter Einschluß Oesterreichs, ja, ihr maßgebender geistiger Führer erklärte mir noch neulich, daß der alte Bundestag vor der jetzigen Verfassung Deutschlands weitaus den Vorzug verdiene. Allerdings hat auch diese Richtung nicht die Rückgängigmachung der Ereignisse von 1866 unmittelbar in ihr Programm aufgenommen und ihr Vorstand hat mich vor längerer Zeit, als ich behauptet hatte, daß sie die Wiederherstellung des Königreiches Hannover verfolge, öffentlich dahin berichtigt, daß die Partei freilich mit den hannoverschen Welfen sympathisire, sich aber nicht mit ihnen decke, vielmehr ihre Wirksamkeit auf das Herzogthum Braunschweig beschränke. Man wird mir zugeben, daß dieser Unterschied zu fein ist, um in weiteren Kreisen Verständniß zu finden.

Man sollte denken, daß bei einem so scharfen Gegensatz beider Richtungen von einer gemeinsamen Wirksamkeit kaum die Rede sein könne; und in der That hatte sich die Feindschaft vor einem halben Jahr so zugespitzt, daß maßgebende Brunonen ernsthaft einen offenen Bruch mit der Landesrechtspartei und deren Bekämpfung bei den Wahlen ins Auge faßten. Da ist denn als Retterin in der Noth die Regirung eingetreten, indem sie — wie man wohl annehmen darf, auf preußischen Einfluß hin — alle Staats-, Gemeinde- und Kirchenbeamten ohne Unterschied zum Austritt aus den „vaterländischen Vereinen" zwang und dadurch die Kraft der erwähnten nationalen Strömung lähmte, denn naturgemäß fand diese gerade in den Beamtenkreisen ihren Stützpunkt. Seit ihrer Fernhaltung sind deshalb die Brunonen immer mehr in die radikalere Richtung hineingetrieben worden und in neuester Zeit werden ernsthafte Versuche gemacht, die Verschmelzung beider Parteien herbeizuführen.

Uebrigens muß zugestanden werden, daß, auch abgesehen von diesem Erfolg der Regirungskunst, beide Richtungen in einer gemeinsamen Operationbasis einen nicht unwesentlichen Berührungpunkt haben. Ihr nächstes praktisches Ziel ist, wie schon bemerkt, der Regirungantritt des Herzogs von Cumberland. Beide erkennen die formelle Berechtigung der jetzigen Regentschaft vorbehaltlos an, da sie zugeben, daß die Voraussetzung des Regentschaftgesetzes, nämlich die zeitweilige Verhinderung des zur Thronfolge Berechtigten an der Regirungübernahme, durch den Widerspruch Preußens und den diesem Rechnung tragenden Bundesrathsbeschluß vom zweiten Juli 1885 gegeben sei; sie halten aber diese Behinderung für ungerechtfertigt, da der Herzog vom Cumberland in seinem Patent vom achtzehnten Oktober 1884 ausdrücklich sich ver-

pflichtet habe, die Regirung nach Maßgabe der Reichsverfassung zu führen, also den Bestand Preußens nicht anzutasten. Ihre Forderung geht deshalb vor Allem auf Aufhebung des Bundesrathsbeschlusses. Wenn die Brunonen mehr die Form eines Wunsches und des Ausdruckes des Vertrauens auf die Gerechtigkeit des Kaisers, die Anhänger der Rechtspartei mehr diejenige einer Forderung wählen, so ist Das wohl das Ergebniß der eben bezeichneten Verschiedenheit der Grundauffassung.

Die äußere Entwickelung der welfischen Bewegung ist die eines meteorartigen Aufflammens. Noch 1887, also bei der ersten nach dem Tode des Herzogs Wilhelm erfolgten Reichstagswahl, erhielt der welfische Kandidat im ersten und zweiten Kreise je 600 Stimmen, während man im dritten einen Kandidaten gar nicht aufgestellt hatte. Bei den folgenden Wahlen einschließlich 1893 hielt man sich sogar ganz zurück. Es war deshalb ein geradezu wunderbares Ergebniß, daß am fünfzehnten Juni 1898 im ersten Wahlkreise der welfische Kandidat mit 5423 Stimmen fast zur Stichwahl gelangte. Im zweiten Kreise betrugen, obgleich die Brunonen sich dem Kompromiß angeschlossen hatten, die welfischen Stimmen 3059; und nur im dritten Kreise hatte man es nicht über 1534 gebracht. Offenbar wollten die Wähler eine Antwort auf die Unterdrückungpolitik der Regirung geben. Aber damit allein ist die Thatsache eines solchen Umschwunges noch nicht erklärt. Und ich betrachte es als den wesentlichsten Theil der mir gestellten Aufgabe, die Frage zu beantworten, welche Umstände dabei mitgewirkt haben und welche weitere Entwickelung man hiernach zu erwarten hat.

Ich will nun wirklich nicht den höchster Achtung werthen Naturen zu nahe treten, die sich durch rein ideales Legitimitätgefühl oder durch persönliche Sympathie mit einem ins Unglück gerathenen Herrscherhause bestimmen lassen, sich zu welfischen Führern aufzuwerfen. Eben so giebt es zweifellos Andere, die freilich durch diese Motive nicht getrieben werden, die vielmehr, wenn es sich lediglich um ihre persönliche Neigung handelte, nicht auf welfischer Seite stehen würden, die aber über den Rechtspunkt nicht wegkommen können, die Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland als die einzige mit dem einmal bestehenden Recht vereinbare Lösung ansehen und deshalb die Aufwerfung der Frage, ob man sie wünschen oder nicht wünschen solle, gar nicht zulassen. Aber beide Gruppen zählen naturgemäß ihre Vertreter überwiegend in den höher gebildeten Kreisen. Die große Masse läßt sich stets durch ihr eigenes Interesse bestimmen; und so beruht auch die Stärke der welfischen Bewegung meines Erachtens nicht auf den bezeichneten Grundlagen, sondern sie stützt sich ganz überwiegend auf die Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Verhältnissen. Es liegt einmal menschlich nahe, daß man eine Besserung unbefriedigender staatlicher Zustände in erster Linie von einer Aenderung an der

Spitze des Staates erwartet; solche Stimmung ist deshalb stets der empfänglichste Boden für legitimistische Regungen, die den Gedanken des Rechtes halb bewußt, halb unbewußt als Aushängeschild benutzen. Die Mehrheit der jüngst abgegebenen welfischen Stimmen rührt von Leuten her, die unter allen Umständen für eine oppositionelle Partei stimmen wollten und in dieser Lage dem welfischen vor dem sozialdemokratischen Kandidaten den Vorzug gaben. Daher kam auch der gleichzeitige Rückgang der sozialdemokratischen Partei. Schon in Hannover spiegelt sich Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit der allgemeinen politischen Lage im Sinken und Anschwellen der welfischen Stimmen. Wie viel mehr gilt Das für Braunschweig! Besondere Sympathien für das hannoversche Königshaus haben hier niemals bestanden; und Ereignisse, wie der Verfassungbruch und die Vertreibung der Göttinger Sieben, konnten unmöglich dazu beitragen, sie ins Leben zu rufen. Man hatte sich seit Jahrzehnten an den Gedanken gewöhnt, daß das Land demnächst mit Hannover vereinigt werde, und hatte sich in dieses Schicksal gefunden; aber so wenig man 1866 den Sturz des Königshauses bedauerte, so wenig würde 1884 die Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit besonderes Widerstreben an den Tag gelegt haben, wenn es sich darum gehandelt hätte, eine andere als die welfische Dynastie zu begründen. Das Einzige, worauf man Gewicht legte, war die Erhaltung der staatlichen Selbständigkeit; und man machte kein Hehl daraus, daß die preußischen Steuern und die preußische Bureaukratie zwei Dinge seien, denen man um Alles in der Welt fern zu bleiben wünsche. Wurde deshalb eine Annexion an Preußen entschieden abgelehnt, so ist auch der daneben wohl aufgeworfene Gedanke einer Stellung als Reichsland niemals aus dem Nebel theoretischer Erörterung herausgetreten.

Ist, wie ich sagte, der Nährboden der welfischen Bewegung überwiegend die Unzufriedenheit mit den vorhandenen Zuständen, so entsteht die weitere Frage nach dem Grunde dieser Unzufriedenheit. Nun braucht man in unserer heutigen Zeit in Deutschland eigentlich nicht nach solchen Gründen zu suchen, denn sie liegen leider mehr als genügend in unserer allgemeinen inneren Politik. Aber es giebt in Braunschweig doch noch besondere Umstände, die in diesem Sinne wirken. Man hat ja oft Preußen die Fähigkeit abgesprochen, moralische Eroberungen zu machen; und in der That, wenn es eines Beweises hierfür bedürfte, so wäre er in Braunschweig geliefert. Gleich der erste Akt, mit dem das preußische Regiment nach dem Tode des Herzogs sich einführte, war ein geradezu unerhörtes Benehmen. In der Nacht vom siebenzehnten zum achtzehnten Oktober 1884 war der Herzog fern in Sibyllenort gestorben und schon im ersten Morgengrauen, bevor die Nachricht bekannt geworden war, wurde eine Proklamation des Generalmajors von Hilgers angeschlagen, die sich in nichts von einer solchen unterschied, in der einem er-

oberten Lande mitgetheilt wird, daß von jetzt ab sein Schicksal durch die Entscheidung des Siegers bestimmt werde. Fühlte doch sogar der sofort zusammengetretene Regentschaftrath sich veranlaßt, hiergegen Protest einzulegen, indem er zum Ausdruck brachte, daß es eines solchen Auftretens nicht bedurft habe, um die gesetzliche Erledigung der Thronfolgefrage zu sichern. Zweifellos hatte man in militärischen Kreisen geglaubt, auf welfische Unruhen gefaßt sein zu müssen, und deshalb für nöthig gehalten, jedem solchen Versuche von vorn herein durch äußerste Schneidigkeit entgegenzutreten. Aber welche Leute mögen es gewesen sein, die solche Berichte nach Berlin erstatten konnten! Wäre damals schon der Ansatz zu einer welfischen Partei vorhanden gewesen, so hätte sie den denkbar günstigsten Boden gefunden. Aber nicht allein war Das nicht der Fall, sondern der Herzog selbst hatte das Seinige gethan, daß die Mißstimmung sich nicht in diese Bahn ergießen konnte, da er, entgegen den von berufenster Seite abgegebenen Erklärungen, der Herzog habe der Stadt Braunschweig einen Theil seines Vermögens vermacht, weder ihr noch dem Lande das Allergeringste zugewandt hatte. Obgleich die Regirung das Testament bis zur Erledigung der Reichstagswahl geheim zu halten suchte, war doch die Enttäuschung der Bevölkerung durch den letzten Willen des Herzogs ein wesentlicher Grund für die Eroberung des ersten Wahlkreises durch die Sozialdemokratie.

Seitdem haben die militärischen Behörden diesen Faden weiter gesponnen. Wenn man 1893 Reserveoffiziere ernsthaft verwarnte, weil sie als Mitglieder des nationalliberalen Parteivorstandes nicht blindlings für die Militärvorlage eintraten, sondern den Antrag Bennigsen unterstützten, wenn ein preußischer Regimentskommandeur sich über einen Beamten beschwerte, weil er ihm die Unzulässigkeit des Reitens auf den Promenadenwegen in höflichster Form vorgehalten hatte, wenn ein als Reservist eingezogener Polizeibeamter geschuhriegelt wurde, weil er außerhalb seiner militärischen Stellung die Offiziere nicht gegrüßt hatte, so waren Das nur einzelne typische Fälle, in denen sich die Neigung zum Prätorianerregiment kundgab, die aber selbst einer so loyalen Bevölkerung, wie der braunschweigischen, allmählich das Blut erhitzte. Aber den militärischen Behörden hat sich die preußische Eisenbahnverwaltung würdig angeschlossen. War früher eine Art Boykottirungsystem geübt, um den Verkauf der Eisenbahnen an Preußen zu erzwingen, so hatte man nun in Braunschweig gehofft, mit diesem Opfer wenigstens die Behandlung auf gleichem Fuß mit den preußischen Landestheilen zu erkaufen. Aber diese Hoffnung wurde enttäuscht; und nicht allein die Handelskammer, sondern auch der Landtag hat der allgemeinen Unzufriedenheit mit einer Schärfe Ausdruck gegeben, wie man sie bei diesen zahmen und friedlichen Körperschaften nicht erwarten sollte. Ja, man beschränkt sich nicht darauf,

die Interessen der Bevölkerung mit Füßen zu treten, sondern man scheut in neuester Zeit selbst vor Beleidigungen der Behörden nicht zurück. Daß die Eisenbahnverwaltung in ihren zahlreichen Prozessen bisher recht selten der siegreiche Theil gewesen ist, wird von unbefangener Seite als Beweis dafür angesehen werden, daß sie nicht selten ungerechte und unbillige Ansprüche mit Hartnäckigkeit verfolgt hat. Wenn die Eisenbahnbehörde umgekehrt darin eine Ungerechtigkeit der Gerichte sieht, so mag man ihr diese Anschauung lassen, so lange sie sie still im Schrein ihres Herzens verbirgt; aber wenn sie offen die Richter, die ein ihr ungünstiges Urtheil gefällt haben, der Parteilichkeit beschuldigt, wenn sie alle Mitglieder eines Senates des Oberlandesgerichtes aus dem Grunde als befangen ablehnt, weil sie in einer anderen gegen sie entschiedenen Sache mitgewirkt haben, so ist Das ein Verfahren, das man einem rabiaten Prozeßquerulanten nachsieht, das aber, von einer Staatsbehörde angewandt, geradezu unerhört ist.

Ich glaubte, den Lesern einige Angaben thatsächlicher Art zu schulden, um mein vorhin ausgesprochenes Urtheil nicht ganz ohne Beweis zu lassen; zu näherem Eingehen in solche Dinge ist hier nicht der Ort.

Aber bildet auch diese allgemeine Unzufriedenheit den Nährboden, wie ich es nannte, für die welfischen Bestrebungen, so müßten doch auch Pflanzen vorhanden sein, die in diesem Boden wachsen, und Das können nur Umstände sein, die zu der Frage der Herrschaftform und der Person der Herrschers eine unmittelbarere Beziehung haben. Nun ist wohl zweifellos jedes Provisorium, jeder Zustand, von dem man weiß, daß er nur ein Uebergang sein soll, etwas Unerfreuliches; und je länger er dauert, desto mehr wird sich, zumal wenn schon an sich Stoff für Unzufriedenheit vorhanden ist, die Neigung entwickeln, den provisorischen Charakter des Zustandes als solchen für die empfundenen Mängel verantwortlich zu machen. Das trifft auch in Braunschweig zu. Wenn man die Leute fragt, was für Uebelstände denn eigentlich durch das Provisorische der jetzigen Verhältnisse herbeigeführt würden, so erhält man wohl niemals eine klare Antwort, und es wäre in der That schwer, sie zu geben. Aber es liegt nun einmal in der menschlichen Natur, daß man eine endgiltige Ordnung herbeisehnt, und in der That bedeutet ja ein dauernder Uebergangszustand einen inneren Widerspruch.

Im Zusammenhang hiermit kommt dann endlich auch die Persönlichkeit des Regenten selbst in Betracht. Gegen ihn werden eigentliche Vorwürfe von keiner Seite erhoben, ja gerade die Welfen haben sogar stets mit Nachdruck betont, daß Prinz Albrecht seiner Stellung durchaus gerecht geworden sei, und erkennen ein besonderes Verdienst darin, daß er niemals den Versuch gemacht habe, den Charakter seiner Regirung als einer bloßen Vertretung des eigentlich Berechtigten zu verdunkeln. Und doch steckt hier ein erheblicher

für den Wunsch weiter Kreise, die Regentschaft durch eine dauernde Ordnung ersetzt zu sehen, ja, wenn man genau nachdenkt, so handelt es sich um ein Moment von stark tragischer Bedeutung, das wohl verdient, nachdrücklich hervorgehoben zu werden.

Wenn nämlich die Welfen die Zurückhaltung des Regenten loben, so darf man nicht verkennen, daß von anderer Seite gerade aus ihr ein gewisser Vorwurf hergeleitet wird; man beschuldigt den Prinzen, daß er kein Interesse an dem Lande nehme, ihm innerlich fremd geblieben sei, und findet darin — mit Rücksicht darauf, daß die Einwohnerschaft ihm in ganz besonders freudiger Weise ihre Sympathien entgegengebracht habe — sogar eine gewisse Undankbarkeit, die nun wieder eine Abkühlung jener Sympathie zur Folge gehabt habe. Schon das erste Auftreten des Prinzen gab Anlaß zu solchen Gefühlen. Wenn er bei seinem feierlichen Empfange auf die ihm gewidmeten warmen Begrüßungworte entgegnete: „Ich stehe hier im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers", so wird man ohne Mühe verstehen, daß man zwischen dieser Aeußerung und einem kalten Wasserstrahl eine gewisse Verwandtschaft entdeckte: war in ihr doch deutlich genug gesagt, daß eigene Neigung für den übernommenen Beruf den Bestimmungsgrund nicht gebildet habe. Dem Anfang entsprach der Fortgang. Als bei der Forderung einer Erhöhung der Civilliste dieser Anspruch damit begründet wurde, daß der Prinz streng zwischen seiner privaten und seiner Regentenstellung unterscheide, daß er die Civilliste durchaus nur für Ausgaben der zweiten Art verwende, aber nicht geneigt sei, darüber hinaus aus eigenen Mitteln Opfer zu bringen, mußte man sowohl die Gerechtigkeit dieses Standpunktes wie die Richtigkeit der beigebrachten Rechnung anerkennen, — und trotzdem fand man in dieser kaufmännischen Behandlung der Frage etwas Ernüchterndes, Kühles, Fremdes. Aehnlich liegt es bei der den weitaus größten Theil des Jahres dauernden Abwesenheit des Regenten; man kann nicht behaupten, daß sie zu einer Beeinträchtigung der Regirungthätigkeit Anlaß gebe, sieht aber doch in ihr einen Beweis dafür, daß der Prinz an dem Ergehen des Landes, in dem er so selten weile, keinen besonderen Antheil nehme.

Sind diese Vorwürfe begründet? Ich sprach von einem tragischen Moment und finde es an dieser Stelle. Tragisch nennen wir ein Schicksal, wenn der Held Etwas thut, das wir bedauern und das eine befriedigende Lösung verhindert, wenn er aber doch nicht anders handeln kann, ohne andere, gleichwerthige Pflichten zu verletzen. Das liegt hier vor. Ich bin überzeugt, Prinz Albrecht wird das Bedauern der Bevölkerung über seine Zurückhaltung völlig verstehen, — und doch sieht er gerade in ihr die ernste Pflichterfüllung. Nichts hätte für sein Zartgefühl verletzender sein können, als wenn in welfischen Kreisen der Argwohn Boden gefaßt hätte, er beabsichtige, in Braunschweig

für sich und seine Familie ein warmes Nest zu bereiten, nachdem er den gesetzlich berechtigten Thronerben verdrängt habe. Deshalb aber mußte für ihn von Anfang an die Erwägung in erster Linie stehen, gerade einem solchen Argwohn keine Unterlage zu bieten, und diesen Zweck konnte er nur erreichen durch ein Auftreten, das den nicht welfischen Elementen der Bevölkerung als unfreundlich erscheinen mußte.

Es ist überhaupt eine — wenngleich in weiten Kreisen verbreitete, so doch — irrige Auffassung, daß bei der Unterstützung der Regentschaft des Prinzen Albrecht durch die maßgebenden preußischen Faktoren die Absicht vorgelegen hätte, in Braunschweig eine neue Dynastie zu gründen. Ich leugne nicht, daß ich selbst Das früher geglaubt habe, und in der That schienen gewichtige Gründe dafür zu sprechen. Wollte man die Welfenherrschaft beseitigen, so konnte man Das, falls man von einer Annexion an Preußen und der Schaffung eines Reichslandes absah, nur durch Einsetzung eines anderen Herrscherhauses. Dem standen offenbar die allergrößesten rechtlichen und politischen Schwierigkeiten entgegen, aber wenn man überhaupt den Versuch machen wollte, sie zu überwinden, so konnte der einzige Weg nur der sein, daß man Thatsachen schuf, die schließlich stark und zwingend genug wurden, um die Fesseln des formalen Rechtes zu sprengen und politische Bedenken zu besiegen. Eine Thatsache dieser Art war vor Allem neben einer gewissen Dauer des zunächst als Uebergang betrachteten Verhältnisses der eigene Wunsch der Bevölkerung. Ich sagte vorhin, daß man sie als quantité négligeable betrachte; aber Das gilt nur so lange, wie es dem Interesse der maßgebenden Personen entspricht. Wollen diese Personen Etwas erreichen, so giebt es einen vorzüglichen Stützpunkt, wenn man sich auf das dringende Verlangen des Landes selbst berufen kann. Wollte man diesen Feldzugsplan

[illegible] so mußte offenbar der zu seiner Durchführung ausersehene Re
suchen, sich die Sympathien der Bevölkerung in dem Maß zu erwerben,
schließlich nach zehn oder zwanzig Jahren ein möglichst einstimmiger Bes
des Landtages die Ueberführung des provisorischen in einen definitiven Zus
forderte. Ich habe schon vor mehreren Jahren Gelegenheit gehabt, von
rufener Stelle zu hören, daß ein solcher Plan niemals vorgelegen hat.
Das aber richtig, so kann ich, sofern man trotzdem die Beseitigung
Welfenhauses wollte, in der Einsetzung der Regentschaft beim besten W
keine vorausschauende Politik entdecken, denn wenn man einen Baum erz
will, so thut man nicht gut, erst Schößlinge zu pflanzen, die man s
wieder auszureißen beabsichtigt, sondern man muß gleich von Anfang an
richtige Reis nehmen und sich festwurzeln lassen: dann wird man nach
zehn Jahren schon einen werthvollen Stamm besitzen.

Was wird jetzt werden? Diese Frage wird in neuester Zeit w

mit besonderem Eifer erörtert, zumal, nachdem für den Prinzen der kürzlich erfolgte Tod seiner Gemahlin einen menschlich verständlichen Grund geschaffen hat, seine Stellung aufzugeben. Von den verschiedensten Seiten hört man, daß er erklärt habe, nicht nach Braunschweig zurückkehren zu wollen, und mehrfach wird in dem Prinzen Adolf von Schaumburg, dem Schwager des Kaisers, der Mann gesehen, der berufen sei, zunächst als Regent und später vielleicht als Herzog einzutreten. Eine Unterstützung für diese Vermuthung sieht man darin, daß seit dem Beginn des Winterhalbjahres die Neffen des Prinzen, die Söhne des Fürsten von Schaumburg-Lippe, hier wohnen und die Schule besuchen; vor einigen Monaten ging sogar das Gerücht, die Gemahlin des Prinzen Adolf sei hier gewesen und habe tief verschleiert das Schloß besichtigt, — als ob die Entscheidung von der Frage abhinge, ob die künftigen Wohnräume den Herrschaften gefielen! Es ist nicht zu leugnen, daß verschiedene Umstände eine baldige Entscheidung wahrscheinlich machen. Man will wissen, daß der Herzog von Cumberland seinem Vater auf dem Totenbett versprochen habe, niemals auf Hannover zu verzichten. Ist er durch ein solches Versprechen verhindert, eine Erklärung dieser Art abzugeben, die von Preußen nicht entbehrt werden kann, wenn es seinen Widerspruch gegen die Thronbesteigung aufgeben will, so liegt es nahe, an den Ausweg zu denken, daß der Herzog zu Gunsten seines Sohnes auf sein Thronrecht verzichtet; dieser ist durch kein Versprechen gehindert, die von Preußen geforderte Erklärung abzugeben, und steht auch den Ereignissen von 1866 freier gegenüber als sein Vater. Aber auch für die Stellung Preußens ist Das von Bedeutung. Betrachtet man den Verzicht auf Hannover als Vorbedingung für die Thronfolge in Braunschweig, so ist, streng genommen, eine endgiltige Ausschließung des Welfenhauses niemals möglich, denn die Verweigerung jener Erklärung bildet ein Hinderniß nur für die jeweilig zur Regirung berufene Person, läßt aber die Möglichkeit offen, daß spätere Generationen ihren Frieden mit Preußen machen. Dagegen kann man nicht einen Zustand, der begrifflich nur als Uebergang Sinn und Bedeutung hat, Jahrhunderte hindurch bestehen lassen. Es liegt deshalb nahe, den Abschluß in der zweiten Generation zu fordern, d. h. sich auf den Standpunkt zu stellen, daß freilich außer dem unmittelbar Berechtigten auch noch dessen Sohne die Entscheidung offengehalten werde, daß aber, wenn auch er sie nicht treffen will, ein Dauerzustand geschaffen werden müsse. Von beiden Gesichtspunkten aus ist deshalb ein wichtiger Zeitpunkt die Volljährigkeit des Prinzen Georg, des ältesten Sohnes des Herzogs von Cumberland. Und dieser ist am achtundzwanzigsten Oktober eingetreten.

Auch noch ein anderer Umstand scheint einer baldigen Erledigung günstig. Man hat mancherlei Anhaltspunkte für die Annahme, daß der

Kaiser persönlich einer Verständigung mit dem Welfenhause nicht abgeneigt ist. Dafür spricht nicht allein die Rückgabe des Welfenfonds, sondern vor Allem eine Begegnung zwischen den beiden fürstlichen Häuptern in Wien beim Begräbniß des Erzherzogs Albrecht. Wenn hier der Kaiser den Herzog nicht allein traf, sondern ihn mit Handschlag begrüßte, so kann man daraus schließen, daß das zwischen ihnen bestehende gespannte Verhältniß bereits eine Art Regelung erfahren hatte. Daß trotzdem bis jetzt eine formelle Verständigung nicht erfolgt ist, glaubte man, sich durch eine Rücksichtnahme des Kaisers gegen Bismarck erklären zu können; denn daß der erste Kanzler eine endgiltige Beseitigung des Welfenhauses wollte, steht wohl außer Zweifel. Nach dem Tode Bismarcks ist dies Hinderniß gehoben. Vielleicht ist allerdings die zu Ungunsten des Prinzen Adolf erfolgte Erledigung der lippischen Thronfolgefrage für die Verständigung mit dem Herzog von Cumberland insofern nachtheilig geworden, als der Kaiser, wie es scheint, den lebhaften Wunsch hat, seinem Schwager einen Fürstenthron zu verschaffen, und jetzt geneigt sein könnte, an Braunschweig zu denken.

Uebrigens hat sich durch die Volljährigkeit des Prinzen Georg eine Verschiebung der Verhältnisse vollzogen, auf die in den welfischen Blättern mit Nachdruck hingewiesen wird, während sie in anderen Kreisen noch keine Beachtung gefunden zu haben scheint, die aber unter Umständen von großer Bedeutung werden kann. Nach dem Regentschaftgesetz ist die dort angeordnete Art der provisorischen Regirung — zunächst durch den Regentschaftrath und dann durch die Wahl eines Regenten in der Landesversammlung — neben der Behinderung des erbberechtigten Thronfolgers am sofortigen Regirungantritt noch weiter von der Voraussetzung abhängig, daß nicht sofort nach der Thronerledigung ein nach Maßgabe der Verfassung berechtigter Regent, d. h. der nächstberechtigte regirungfähige Agnat, die Regirungverwesung übernimmt. Ein solcher war 1884 nicht vorhanden; oder wenigstens waren die an sich berechtigten Personen (in erster Linie der Herzog von Cambridge) nicht geneigt, ihr Recht auszuüben. Anders läge es dagegen jetzt, wo in dem Prinzen Georg ein solcher Agnat vorhanden ist. Sollte deshalb Prinz Albrecht seine Regentschaft niederlegen und nach dem Regentschaftgesetz „eine Wiederholung der Wahl in gleicher Weise" stattfinden müssen, so läßt sich nicht ohne Grund behaupten, daß jetzt zunächst das agnatische Recht einzugreifen hätte, d. h. daß Prinz Georg befugt wäre, durch Uebernahme der Regentschaft alles Weitere zu erledigen. Da der Bundesrathsbeschluß vom zweiten Juli 1885 gegen ihn nicht ergangen ist, so würde man sich auch nicht auf diesen Beschluß berufen können, um einen solchen Anspruch auszuschließen, es würde vielmehr, um diesen Erfolg zu erreichen, mindestens eines wiederholten Beschlusses bedürfen und dadurch eine Zuständigkeit des Bundesrathes zum Eingreifen begründet werden, deren politische Tragweite nicht zu unterschätzen ist.

Was zum Schluß die Stellung der Bevölkerung zu dieser Frage anlangt, so ist, wie sich aus der Zahl der welfischen Stimmen in Verbindung mit den vorhin angeführten Umständen ergiebt, der Wunsch, durch die Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland oder seines Sohnes geordnete staatsrechtliche Verhältnisse hergestellt zu sehen, zweifellos jetzt wesentlich stärker geworden, als er vor einigen Jahren war; und da dieser Wunsch weit über die eigentlichen welfischen Kreise hinaus getheilt wird, so darf man ziemlich sicher behaupten, daß eine solche Erledigung am Meisten willkommen geheißen werden würde. Die Kandidatur des Prinzen Adolf findet im Lande recht geringe Sympathien, weil man in dem lippischen Thronfolgestreit auf der Gegenseite stand und das nach dem Spruch des Schiedsgerichtes vom Kaiser an den Prinzen gerichtete Telegramm entschieden mißbilligte. Vor Allem aber macht es böses Blut, daß einzelne preußische Zeitungen davon sprechen, der Kaiser habe seinen Schwager für den braunschweigischen Thron bestimmt, und dadurch die Auffassung zu vertreten scheinen, als ob die Entscheidung in dieser Frage nicht dem Lande selbst zustände, sondern ihm durch äußere Macht genommen werden solle. Man benutzt nicht ohne Erfolg von welfischer Seite dieses Auftreten der Zeitungen, um gegen Vergewaltigung zu protestiren; und wenn man bedenkt, daß nach ausdrücklicher Bestimmung des Regentschaftgesetzes die Wahl des Regenten dem Landtage übertragen ist, so muß es verletzen, dieses Recht bei Seite gesetzt und das Land als eine Sache behandelt zu sehen, über die ohne seine Mitwirkung einfach verfügt wird.

Wie die verworrenen Verhältnisse demnächst einmal ihre Klärung und Ordnung finden werden, ist zur Zeit noch nicht mit irgend welcher Wahrscheinlichkeit zu sagen; aber daß solche Zustände gerade vom Standpunkt des monarchischen Gefühles durchaus bedauerlich sind: diese Auffassung wird sich jedem unbefangenen Beurtheiler aufdrängen.

Braunschweig. W. Kulemann.

Unsere Ideologie.*)

Meine früheren Artikel haben gezeigt, daß Reinhold, wenigstens den Worten nach, unter dem transszendentalen Beistande der hegelschen „Idee", sich eine optimistische Ideologie gestattet, neben der sogar die Programme des utopistischen Kommunismus — und diese beginnen selbst, sich zu ernüchtern — fast ledern erscheinen können. Reinhold spricht, wie schon nachgewiesen, von „Wundern", die seine „Idee" verrichten werde; nach ihm vermag die Idee den bösen Weltwillen „zur Umkehrung und Verneinung seiner selbst, zu dem unglaubhaften und doch wahren Zustand zu bringen, wo die Vorstellung (Idee) dem Willen den Dienst kündigt, wo die edle Sklavin den Herrn überwindet". Niemand hätte hiernach so wenig Berechtigung, dem Sozialismus irgend welcher Richtung ideologischen Optimismus vorzuwerfen, wie Reinhold selbst. Dennoch besteht seine Taktik dem „Gelehrten-Sozialismus" gegenüber wesentlich darin, uns mit den Staatsromantikern und mit dem träumerischen Kommunismus in einen Topf zu werfen. An einer Stelle behauptet Reinhold wörtlich: „Die utopistische Phantasie der Dichter und Reformer, die abstrakte Theorie des politischen (revolutionären) und gelehrten Sozialismus haben es sich leicht gemacht und frischweg die unendliche Steigerung der Idee behauptet." Diese Behauptung ist nach ihrem sachlichen Inhalt einfach unwahr; die Idee hat Reinhold einen Traum angethan, die an blauen Wundern fruchtbare „Idee" blieb ganz Reinhold überlassen; wir haben weder überhaupt noch „frischweg" die Steigerung, geschweige die unendliche Steigerung der „Idee" behauptet. An und für sich ist ja wohl jede Theorie mehr oder weniger „abstrakt"; und wenn unser Sozialismus überhaupt nur theoretisiren und nicht vielmehr auf Grund der empirischen Sozialwissenschaft und Nationalökonomie sich mit den größten praktischen Sozialreformaufgaben der Zeit beschäftigen würde, so könnten wir ja den Vorwurf der „abstrakten Theorie", so vag und leer er ist, mit Gelassenheit hinnehmen. Ein anderes Gesicht erhält aber der Vorwurf dadurch, daß unsere „abstrakte Theorie" zur Umsturzträumerei gestempelt und der staatsromantischen und sozialrevolutionären Ideologie gleichwerthig an die Seite gestellt wird. Gegen diese Unterstellung eines Mannes, der die Mission der theoretischen Vernichtung des Gelehrten-Sozialismus übernommen hat, dürfen wir in diesen Tagen hochgehender Rückwärtsströmungen nicht schweigen. Der Gelehrten-Sozialismus ist von den Kommunisten der Sozialdemokratie nicht eben zart behandelt worden. Er konnte sich Das leicht gefallen lassen, ohne von der Abwehr viel Aufhebens zu machen. Wir haben die gewaltige Bedeutung selbst der

*) S. „Zukunft" vom 1., 8. u. 22. Oktober 1898.

sozialistischen Ideologie so wenig herabgesetzt wie etwa diejenige, welche Rousseau, die Encyklopädisten und die Physiokraten für die Emanzipation des Dritten Standes als Vorläufer der ersten Revolution gehabt haben. Gegenüber der Bestrebung, uns die revolutionären Ideologen an die Rockschöße zu hängen, um den „cant“ der praktischen Sozialreform aus der Welt zu schaffen, dürfen wir nicht eben so still sein.

Wollte ich mit der Einrede der Inkompetenz operiren, wie es Reinhold uns gegenüber versucht hat, so könnte ich mir die Sache sehr leicht machen. Wer wenigstens mit Worten so im „praktischen Optimismus“ der „Idee“ schwelgt, wie Reinhold es in der nachgewiesenen Weise wirklich gethan hat, dürfte sich nicht gerade beklagen, wenn man ihm sagte, er solle es unterlassen, mit Steinen zu werfen, da er selbst im Glashause sitze. Reinholds Lichtgestalt der Idee ist jedoch, wie ich schon gezeigt habe, so ätherisch und überirdisch, daß sie selbst durch Glasscheiben ohne jedes Klirren ins Weltall verfliegt; sein praktischer Optimismus ist die leerste Schönrednerei. Ich habe also doch kein Recht zu der auf den ersten Blick so nah gelegten Einrede der Inkompetenz; und auch den Schein sophistischer Klopffechterei möchte ich vermeiden. Ich habe dagegen allen Grund, eine ganz andere Ideologie, nämlich das pessimistische Phantasiren Reinholds, sehr ernst zu nehmen; nicht, weil es mehr der Wirklichkeit der sozialen Dinge entspräche als die sozialoptimistischen Hirngespinnste, sondern, weil es eine von Erschütterung und Umsturz freie Weiterentwickelung der geschichtlich gegebenen Gesellschaft in entgegengesetzter Richtung noch ungünstiger beeinflussen könnte, als es durch jene sozialromantischen und sozialrevolutionären Phantastereien geschieht, die uns Reinhold ankreidet. Er stellt im metaphysischen Schaumschlagen selbst eine abstrakte Theorie auf, die nur als pessimistische Ideologie charakterisirt werden kann. Diese Ideologie kann, wenn sie in die Praxis der Staats- und Geldmächtigen übersetzt werden würde, recht unheilvoll wirken, ganz abgesehen davon, daß in der strengen Konsequenz des nach Reinhold die Welt beherrschenden Willensatomismus unabweisbar der Anarchismus liegt.

Eine besondere Ausführung über „Sozialismus und soziales Entwickelungsgesetz“ wird genauer zeigen, daß wir nicht in „abstrakter Theorie“, sondern in konkretester Erörterung das größte Problem, das zu unserer Zeit der praktischen Volkswirthschaft gestellt und nach der unentfliehbaren Nothwendigkeit des sozialen Entwickelungsgesetzes von der Geschichte selbst auf die Tagesordnung gesetzt ist, nach seiner realen Bedeutung angefaßt haben. An dieser Stelle habe ich unsere Auffassung nur im Allgemeinen zu skizziren. Die seit der ersten französischen Revolution zum vollen Durchbruch gekommene kapitalistische Organisation der Volkswirthschaft gilt uns als die relativ vollkommenste Ordnung, die von der Volkswirthschaft bis jetzt erreicht worden ist.

Wir halten sie noch nicht für ausgelebt, was wenigstens ich seit dreißig Jahren wiederholt nachdrücklich betont habe; große Reste älterer wirthschaftlicher Ordnungen bestehen fort und sie werden nach meiner Ansicht nie ganz verschwinden. Reinhold weiß Das; denn er sagt, in wohlgefälliger Uebernahme einer Stelle meines „Kapitalismus und Sozialismus", wörtlich: „Der Kapitalismus bedeutet nach der Ausführung Schaeffles kulturgeschichtlich einen ungeheuren ökonomischen Fortschritt der Menschheit, und zwar in erster Linie dadurch, daß er dem Grundgesetz der Wirthschaftlichkeit eine selbständige Vertretung sichert, rein ökonomische Motive als organisirende Kraft in die soziale Produktiongemeinschaft einsetzt, dann dadurch, daß er auch die übrig bleibenden sonstigen Formen gemeinsamer Güterbildung und Güterverwendung: Familienwirthschaft, Staat, Gemeinde-, Kirchen-, Schul- und Vereinsverbände, zu einer rein ökonomischen Gebahrung nöthigt... Die Produktivkräfte sind nur zur höchsten Steigerung zu bringen dadurch, daß ihnen durch individuelle Freiheit und soziale Impulse die wirthlichste Selbstindividualisirung überlassen wird." Reinhold fruktifizirt diese Stelle, die er sogar in einem Separatabdruck verbreitet wünscht, gegen den gelehrten Sozialismus. Er vergißt dabei nur, daß die selbe Auffassung auch in beiden Auflagen meines „Bau und Leben" festgehalten ist. Der Kapitalismus bleibt von uns als gewaltiger Fortschritt der Geschichte anerkannt. Die Frage des praktischen Sozialismus ist nur, ob nicht vom geschichtlich gegebenen Boden der kapitalistischen Volkswirthschaft aus „die Produktivkräfte durch individuelle Freiheit und soziale Impulse zu wirthlichster Selbstindividualisirung" noch in weit höherem Grade angeregt werden können, als es heute zutrifft, ob nicht Kapitalvergeudungen und Arbeitlähmungen stattfinden, die vermeidbar sind. Einen Fortschritt über den Kapitalismus hinaus giebt es für mich wenigstens nur in der Richtung, daß auch in den Massen mit einem gesteigerten Interesse an der Produktivität der Arbeit der soziale Impuls gesteigert wird, für Alle zusammen noch höhere Produktionerträge zu erreichen, als es jetzt durch bloße Profitsucht und Verlustgefahr des Kapitals gesichert ist, und dazu eine Vertheilung der Früchte aller Produktiongemeinschaften zu gewinnen, bei der „die Bejahung des Willens zum Leben" oder, wie wir einfacher sagen, auch der Trieb der Selbsterhaltung und Selbstentfaltung am Besten fährt. Von dieser Linie ist meine Auffassung auch nicht um Haaresbreite in der Richtung auf ideologischen Kommunismus jemals ins Schwanken gerathen und darum bin ich in Beziehung auf Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit prinzipiell auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft und beim eigensten Wesen des wirklichen Menschen stehen geblieben. Wie schief dagegen die Ebenen sind, auf die Reinholds abstrakte Theorie gerathen ist und gerathen mußte, werde ich leicht zu zeigen vermögen.

Nur dann wäre es eine müssige Spielerei gewesen, die Frage der

Weiterbildung der kapitalistischen Gesellschaftordnung in der Richtung größerer Wirthlichkeit für Arbeit und Kapital aufzuwerfen, wenn diese Ordnung als die letzte und höchste Stufe sozialer Produktiongemeinschaft anzusehen und als solche auch anerkannt wäre. Aber weder das Eine noch das Andere ist der Fall. Der privatkapitalistische Betrieb, der unserer bestehenden Volkswirthschaft das Gepräge giebt, erscheint so wenig wie früher die patriarchalen und feudalen Organisationformen als fehlerfrei. Wir haben, unabhängig von der marxischen „Kritik des Kapitals" und von Lassalles Vernichtung der „Bourgeois-" und „Kommerzienraths-Nationalökonomie", die Fehler geprüft und sie vom Standpunkt wirthschaftlichster Gestaltung der sozialen Produktion- und Einkommenprozesse zugeben müssen; wir haben unleugbare Gebrechen, die immer schärfer hervortreten, die bei dem thatsächlichen wie entwicklungsgesetzlich nothwendigen Umschlage der Konkurrenz ins Monopol immer fühlbarer werden, immer größere Gefahrenfür die Volkswirthschaft unmittelbar, mittelbar auch für den Staat und das ganze ideelle Volksleben herbeiführen, nur nicht vertuscht. Dabei ergab sich die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Unvermeidlichkeit der Weiterbildung der geschichtlichen Volkswirthschaft, jedoch immer nur in einer mit Beziehung auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vom Kommunismus sich immer weiter entfernenden Richtung.

Wie lagen denn thatsächlich die Dinge in der sozialen Gesetzgebung zu der Zeit, da der „Gelehrten-Sozialismus" mit seiner Kritik und mit all seinem „cant" praktischer Sozialreformen hervorzutreten begann? Darüber kann ich für meine Person mich kurz ausweisen. Als ich von der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre an als sozialwissenschaftlicher Schriftsteller mich an der Erörterung der Zeitfragen zu betheiligen anfing, hatte die ultraliberale Gesetzgebung ein privates und öffentliches Wirthschaftrecht geschaffen, das Reinholds Ideal des in alle Individuen zerstreuten absoluten Willens so weit entgegenkam, wie es überhaupt möglich war. Die anarchische Konkurrenz, ohne zureichende aus dem Gemeininteresse geschöpfte Streitordnungen, der wirthschaftliche Krieg aller Einzelnen gegen alle Einzelnen war so recht entfesselt. Man predigte von allen Dächern, daß daraus die reine Harmonie entspringen müsse; wer an Bastiat-Schulzes Glauben rüttelte, wurde in den großen liberalen Zeitungen geächtet. Diese dem sozialen Willensatomismus Reinholds völlig kongeniale Rechtsbildung konnten wir nicht billigen. Es war schon vor dreißig bis vierzig Jahren klar, daß der Krieg Aller gegen Alle in planloser Konkurrenz nur mit größter Disharmonie, mit dem Sieg der Mächtigeren, schließlich sehr weniger Mächtigsten, d. h. mit der Geldherrschaft des Großkapitals zugleich in der Volkswirthschaft und im Staat enden könne. Nicht die atomistische Zersplitterung, sondern die Zusammenlegung aller, auch der schwachen Kräfte, die Genossenschaft in privatrechtlichen und in öffent-

lichen Verbänden, praktischer Sozialismus im weitesten und besten Sinn des Wortes, war für Jeden gewiesen, der Augen hatte, zu sehen. In dieser Richtung bewegte sich meine Auffassung von meiner ersten wissenschaftlichen Schrift im Jahre 1856 an. Einen streitlosen und rivalitätlosen Zustand herstellen zu wollen, ist mir niemals eingefallen; wir dachten nur an eine Ordnung, die weniger Kapital vergeude als die wild losgelassene, immer „weiter wüstende" Konkurrenzanarchie und das Interesse an höchster Produktivität der ganzen Nationalarbeit in höherem Grade und allgemeinerem Umfang wecken und beleben würde. Auch eine öffentliche Produktiongemeinschaft, die kommen mag, habe ich ohne stärkstes Walten individueller Rivalität zwischen sämmtlichen Produktiontheilnehmern stets für die baare Unmöglichkeit gehalten und sie offen für eine solche erklärt.

Gegenüber der damals allein herrschenden Theorie des Sozialatomismus oder, wie wir es nannten, Ultraliberalismus und Individualismus ließen wir uns allerdings mit dem Schreckwort Sozialismus und Kollektivismus nicht bang machen. Wir durften nicht verkennen, daß schon der Kapitalismus mit seiner immer gewaltigeren Zusammenfassung von einzelnen Arbeitkräften und Sonderkapitalien zu großartig sozialen Produktion- und Umsatzkörpern längst weit über den Atomismus des Weidefressens der Thiere hinaus war, daß er schon fortgeschrittenste Wirthschaftgemeinschaft, daß er einen rechtlich freiwilligen, thatsächlich durch Profitstreben und Hungersgefahr erzwungenen Kollektivismus im weiteren Sinn des Wortes, daß er selbst schon hochgradige Produktiongemeinschaft darstellt. Die kapitalistische Produktiongemeinschaft trieb und treibt heute in der Jugendblüthe der Kartelle, der Ringe, der Bazare und anderer thatsächlicher Monopole der Kommassation ganzer Erwerbszweige entgegen, während der gemeinnützige Regulator des früheren, noch mehr kleinbürgerlichen Kapitalismus, die freie Konkurrenz, mehr und mehr dem faktischen Monopol, hiermit aber der ungeheuerlichsten, auch für legitime Könige auf die Dauer unerträglichen Geldherrschaft auf allen Gebieten des Volkslebens Platz macht, — und zwar mit immanenter entwickelungsgesetzlicher Nothwendigkeit Platz machen muß. Die vom illusionären Sozialismus gestellte Frage der Einführung öffentlicher Produktiongemeinschaft konnte unter solchen Umständen nicht einfach ignorirt werden. Es war vielmehr zu untersuchen, ob überhaupt, ob nicht wenigstens theilweise und schrittweise, immer aber ohne Umsturz auch öffentlichrechtliche — aber nicht staatliche — Produktiongemeinschaften denkbar seien, um die schreienden und wachsenden Mißstände einer ausschließend privatkapitalistischen Gesellschaftordnung mehr oder weniger zu überwinden und damit höhere Produktivität der Nationalarbeit nebst wirksamerer Vertheilung der Früchte der jetzt schon kapitalistisch privatrechtlichen Produktion- und Umsatz-

gemeinschaft, also mehr und bessere Bejahung des Willens zum Leben, allmählich herbeizuführen, und zwar mit Hilfe einer stärkeren, allgemeineren Belebung, nicht unter Ertötung der unvertilgbaren Grundtriebe menschlicher Natur. Dieses Problem mußte nach dem gewaltigen Ernst, der ihm von der Geschichte aufgeprägt ist, nach der Pflicht und mit dem Muthe der Wissenschaft angefaßt werden. Die große Aufgabe kann nur noch von „blinden Blindenleitern" der Nationen, nur von Jenen ignorirt werden, von denen Kant sagt, sie „glauben, mit Maulwurfsaugen mehr sehen zu können als aufrecht stehende Leute mit offenen Augen". Die Frage, ob das fortschreitende Auslaufen des Kapitalismus ins Monopol zu einer fast Alle und Alles bedrohenden Geldherrschaft führen soll, die in der Geschichte bisher immer den Anfang des Endes oder doch einen längeren Verfall der Nationen bedeutet hat, ob es nothwendig ist, den Weltdespoten volkswirthschaftlich und sonst immer „weiter wüsten" zu lassen, ob es nicht möglich wäre, die ungeheure Gefahr durch theilweise und nach wirklichem Bedürfniß langsam vor sich gehende, kein wohlerworbenes Recht verletzende Einführung öffentlicher — nicht staatlicher — Produktionkorporationen und Umsatzanstalten zu beschwören, nicht nur dem Verfall zu wehren, sondern weiterem wirthschaftgeschichtlichen Fortschritt die Bahn frei zu machen —: diese Frage ist heute noch viel unumgänglicher als vor vierzig Jahren, da wir sie zu diskutiren anfingen. Sie kann nach meiner unmaßgeblichen Ansicht von einer weiterblickenden Staatskunst, die über die Weisheit des Vogels Strauß hinaus ist, gar nicht mehr bei Seite geschoben worden. Mehr oder weniger öffentliche Zusammenfassung der produktiven Kräfte ist wenigstens nach einiger Wahrscheinlichkeit so unausbleiblich wie die immer machtvollere, unaufhaltsame Zusammenfassung durch eine bald schon zu riesigen Dimensionen angeschwollene Genossenschaftbewegung; wenigstens ist sie denkbar und diskutirbar. Nicht die sozialdemokratischen Lohnarbeiter, sondern die Großkapitale, die Geldkönige und die Riesenvermögen selbst scheinen von der Geschichte berufen zu sein, eine über sie hinausführende Volkswirthschaft unbewußt herbeizuführen. Da ist nichts abstrakte Theorie, sondern Alles handgreifliche Wirklichkeit.

Es ist jedoch kein „Medusenhaupt", dem die Wissenschaft und die Staatskunst hier ins Antlitz zu schauen haben. In der Volkswirthschaft würde nur kommen, was überall in anderen Bereichen des Volkslebens neben den Privatanstalten schon da ist und dort nur früher kommen mußte: mehr öffentliche Zusammenfassung der vereinzelten Kräfte für die Ausrichtung des wirklich auf öffentliche Gemeinschaft angelegten Theiles der verschiedenen Sozialfunktionen. Mir ist es heute noch weniger als vor einigen Jahrzehnten begreiflich, daß auch jene Schichten, die schon in der Stellung öffentlicher — akademischer, kirchlicher, pädagogischer, militärischer, kommunaler und civil-

staatsdienstlicher — Berufsarbeit stehen, bis zum Heulen und Zähneklappern sich vom Kollektivismus aufregen lassen. Dazu giebt der nicht illusionäre Kollektivismus, wenn er überhaupt durchdränge, um so weniger Anlaß, als der Prozeß seiner Verwirklichung ein sehr langsamer sein müßte und der Gang seiner reformatorischen Durchführung ein völlig schonender wenigstens sein kann. Die für die jetzt besser gestellten Schichten in Aussicht stehenden Verzichte auf Vortheile würden wahrscheinlich ein unendlich kleineres Uebel darstellen, als es vernichtende Umsturzversuche sein würden. Die Gefahren eines ungezügelt monopolistischen Kapitalismus sind selbst das größere Uebel; er läßt — den Fideikommißbesitz ausgenommen — kein Familieneigenthum auch nur bis in die dritte Generation hinein gesichert erscheinen, bedroht alle Klassen der Civilisation vom Staat bis zur Wissenschaft mit Knechtschaft gegen die Geldmacht weniger Millionäre und Milliardäre. Wenn der Staat selbst schon durch den Konstitutionalismus aufgehört hat, erblicher Privatzubehör einiger bevorzugter Familien zu sein, wenn die Beamten schon lange nicht mehr „servi majores“ und „servi minores“ sind, wie es die Ministerialen und Offizialen der Feudalzeit und der Frohnhöfe waren: was ist es denn, wenn das Gemeinwesen veranlaßt wird, auch den Massen des wirthschaftlich beschäftigten Volkes den Adel eines unmittelbaren, nach der Rangordnung der tüchtigeren Leistung bezahlten, nicht bureaukratisch und nicht staatlich, sondern selbständig und gut demokratisch eingerichteten öffentlichen Berufsdienstes mehr oder weniger zu verschaffen? Für die ruhige wissenschaftliche und staatsmännische Auffassung trägt wenigstens unser Kollektivismus kein Medusenhaupt. Die öffentliche wie die freigenossenschaftliche Sozialisirung des Hauptstammes jeder Art gesellschaftlicher Funktionen ist — so schloß ich meine Erörterung — an sich ein uralter, wenn auch noch auf keinem Gebiet vollkommen durchgeführter Prozeß. Sie bedeutet die Ueberführung wesentlicher Theile aller Arten sozialer Selbsterhaltungthätigkeit aus der früher ausschließend familienrechtlichen und privatrechtlichen Gestaltung in Institutionen des öffentlichen Rechtes, wohlgemerkt des öffentlichen, nicht nothwendig und allein des Staatsrechtes, womit der alberne Vorwurf fällt, daß der Kollektivismus nur centralistischer Staatskommunismus sein könne. In Kirche, Staat, Schule, Wissenschaft steht das Prinzip des Kollektivismus schon in leibhaftiger Wirksamkeit und in der Volkswirthschaft kommt es aus bestimmten Gründen (II 337 f.) nur später zum Durchbruch. Gälte es als Fortschritt, wenn alle Kleriker wieder auf die Selbständigkeit des Hausgeistlichen kämen, wenn alle Lehrer wieder Haussklaven oder Freigelassene oder „Schulknechte“, wenn alle Staatsbeamten wieder Ministerialen und Hofbediente werden sollten, d. h. wenn das reine und ausschließende Privat- und Familieneigenthum an sämmtlichen Sozialfunktionen wiederhergestellt werden würde? Wäre Das ein Fortschritt zur Freiheit und

nicht vielmehr ein ungeheuerlicher Rückschritt zur Unfreiheit? Wer Das verneinte und dann immer noch seine Kinder lieber Berufsbeamte als „freie“ Lohnarbeiter im Privatdienst werden ließe, würde mit seinem Thun sein Reden Lügen strafen, mit dem Munde Individualist, in der Praxis Kollektivist sein.

Alles kommt nur darauf an, die Weiterentwickelung der Volkswirthschaft, welche Formen sie unter dem mitbestimmenden Einfluß weiterer Entwickelung der Technik auch annehme, sich ohne Umsturz vollziehen, namentlich aber die jedenfalls nur theilweise durchbrechende Weiterentwickelung auf die fortbestehenden Gebiete der bisherigen Wirthschaftordnungen günstig zurückwirken zu lassen. Reinhold hätte nur dann das Recht, uns „die Bekämpfung des Bestehenden“ vorzuwerfen, wenn er uns beweisen würde — was er uns nicht bewiesen hat und gar nicht beweisen kann —, daß die Sonne des geschichtlichen Fortschrittes im mammonistischen Thal Ajalon zum Stillstand kommen müsse, daß der Kapitalismus das einzige Kind des Chronos sei, das der Vater nicht wieder aufzehren dürfe, daß die gepriesene alte Weisheit, wonach die Erhaltung nur als stetigliche Fortbildung — conservatio continua creatio! — statthaben könne, nur in unseren Tagen zur Narrheit geworden sei, kurz, daß die Geschichte darin bestanden habe, nichts, was Fortschritt heißt, geschehen zu lassen. Dann sind aber nicht nur wir, sondern auch alle produktiven Staatsmänner zuchthauswürdige Verbrecher gewesen und einer unserer besten Historiker, Droysen, war ein Thor, da er sagte: „In der Bewegung der sittlichen Welt die neuen Gedanken zu ahnen, auszusprechen, zu verwirklichen, ist die geschichtliche Größe; sie besteht darin, Namen zu geben der rollenden Zeit.“ Die Weiterentwickelung kann ohne Umsturz geschehen, die geschichtlichen Prozesse positiver Bildungen öffentlichen Rechtes können der nur verwüstenden Umwälzung entzogen werden und das ganze Bestreben des Gelehrten-Sozialismus ist darauf gerichtet, zerstörende Revolutionen zu verhüten. Dem bloßen Umsturz, dem allgemeinen Kladderadatsch haben wir von je her die Möglichkeit auch nur des geringsten Erfolges positiver, dauernder Neubildungen abgesprochen; darüber, daß auch die wüthendsten Revolutionäre nicht im Stande sind, die Gesellschaft auf einmal und für immer von unterst zu oberst zu kehren, brauchten und verdienten wir eine Belehrung durch Reinhold wirklich nicht. Solchen Wahnglauben haben wir nie gehegt, sondern nur darauf hingewiesen, daß Umsturzversuche zwar nie Neues schaffen, aber schon in Wochen und Tagen so ungeheure Zerstörungen anrichten können, daß man am Besten durch bewußte Fortbildung des Bestehenden ihnen vorbeugt. Diese Ansicht darf uns am Wenigsten Reinhold verargen, der einmal in Freiheit gesetzt gewesene Sklaven als blutlechzende Bestien bezeichnet. Auch nach unserer Ansicht kann die positive schöpferische Arbeit nur im Säuseln des Windes, in der milden Reformtemperatur gedeihen, aber dem fruchtbaren Schaffen

können Stürme vorangehen, die wir eben vermieden sehen möchten. Nach meiner ausgesprochenen und (2. A. II, 335) begründeten Ansicht ist unter allen konservativen Illusionen keine so trügerisch wie die, welche einem Mehr an öffentlicher Produktiongemeinschaft jede geschichtliche Möglichkeit deshalb abstreitet, weil der Kollektivismus Alles auf einmal auf seine Töpferscheibe setzen, überall auf einmal anfangen und daher im Ganzen scheitern müsse; vielmehr ist nur das Gegentheil hiervon denkbar und von uns gedacht worden. Nicht nur für die Masse der Arbeiter in Stadt und Land, sondern selbst für Millionen Kleinbesitzer, die Bauern nicht ausgenommen, daher auch für den Staat, namentlich den königischen, kann unabweisbar es ein Interesse werden, mit dem nicht illusionären Sozialismus sich abzufinden. Am harten Bauernschädel wird nur die revolutionäre Umsturzträumerei stets abprallen, nicht auch die von starken öffentlichen Gewalten vertretene Sozialreform.

Die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von immer mehr freigenossenschaftlicher, aber auch von öffentlicher Produktiongemeinschaft hat sich für mein Denken zuerst aus der Anschauung einzelner Thatsachen ergeben, die sich vor unseren Augen eingestellt haben und immer weitere Steigerung erfahren. Ich vermochte dann aber die Eventualität einiger Ausbreitung kollektivistischer Bildungen um so weniger als Vorschwebung phantastischen Träumens rundweg abzuweisen, nachdem ich mich gefragt hatte, ob Gestaltungen öffentlicher Produktiongemeinschaft mit dem allgemeinen Gesetz der sozialen Entwickelung im Widerspruch stehen. Diese Frage vermochte ich um so weniger zu bejahen, je mehr ich mich mit diesem Gesetz beschäftigte. Die besondere Anwendung des allgemeinen Entwickelungsgesetzes — des Gesetzes sozialer Entwickelung durch auslesende Daseinskämpfe — auf das besondere Sozialgebiet der materiellen Güterversorgung, auf die Volkswirthschaft, schließt, wenn ich es richtig verstehe und anwende, das frühere oder spätere Weiterwachsen in öffentliche Produktiongemeinschaft hinein keineswegs aus. Die Nöthigung zur Wirthlichkeit ist eine allgemeine; je mehr man mit vorhandenen Kräften haushält, desto mehr steigt Das, was Jeder sucht, die Macht, zu leben und immer besser zu leben, für das Volk im Ganzen wie für die Einzelnen. Das Gebot der Wirthlichkeit tritt aber auf dem Gebiete der Herstellung der zum Leben nothwendigen Sachgüter, d. h. in der Volkswirthschaft, als die Nöthigung, mit möglichst geringen Kosten an Arbeit und an Kapitalssubstanz möglichst viel Ertrag und Einkommen zu erlangen, besonders drängend hervor. Die nie aufhörenden Kämpfe der Menschen mit der Natur in der Produktion wie die ununterbrochenen Erwerbskämpfe der Menschen unter einander um die Vertheilung der Güter fordern immer ausgedehntere und intensivere Zusammenfassung von Einzelkräften, immer mehr Arbeitstheilung und Arbeitvereinigung, immer höhere und weitere Gruppenbildungen. Der heutige Prozeß wachsender Konzentration

des Kapitals und das Auslaufen der Konkurrenz der Privatkapitale in Privat- und Genossenschaftmonopole ist nur die neueste, höchste Steigerung einer entwickelungsgesetzlich allgemeinen und nothwendigen Thatsache. Dieser Prozeß ist für uns kein Ergebniß abstrakter Deduktion nach dem logischen Dreitakt des Hegelianismus, auch nicht eine Folgerung aus der Mehrwerththeorie, sondern eine von der geschichtlichen Erfahrung bestätigte Wirkung des sozialen Entwickelungsgesetzes im Allgemeinen und der besonderen Anwendung dieses Gesetzes auf die materielle Güterversorgung, die Volkswirthschaft, den Sozialstoffwechsel. Sieg und Forterhaltung in den materiellen Daseinskämpfen sind bedingt durch die Bildung immer größerer Zusammenfassungen von Kapital und Arbeit; jede Jahrescampagne der Volkswirthschaft hinterläßt immer stärkere Wirthschaftmächte und nöthigt Alle zur Führung des Daseinskampfes mit immer größerer Macht, was nur von Einzelnen für sich allein, allgemeiner nur durch Vereinigung der Einzelkräfte, durch private oder öffentliche, aber immer gewaltigere Bestände an Produktionmitteln erreicht werden kann. Nie, auch nicht zur Zeit des dem Verfall entgegengehenden Alterthums und des seinem Ende zueilenden Mittelalters, ist der Prozeß der Kapitalanhäufung so gewaltig und mit solcher reißenden Schnelligkeit vor sich gegangen wie in unseren Tagen.

Die positiven Gestaltungen, die aus der jetzigen Richtung der volkswirthschaftlichen Geschäftskonzentration hervorgehen werden, genau und im Einzelnen vorauszusagen, ist zwar so unmöglich, wie die Einzelvoraussicht in jeder früheren Phase der volkswirthschaftlichen Entwickelung es war; wir haben auch gar nichts prophezeit, obwohl Reinhold beflissen ist, uns und insbesondere mir durch die nach beiden Seiten unrichtige Zusammenstellung mit Engels das Zeichen falscher Prophetie anzuheften. Darum ist die scharfe Beobachtung, in der die Entwickelung jeder Zeit treibt, dennoch keine „müssige", geschweige frivole oder charlatanhafte Gedankenspielerei. Man kann nicht emsig genug beobachten, man muß immer aufs Neue beobachten, um nach den für jede Zeit gegebenen Umständen das richtige wissenschaftliche Licht für die gestaltende Politik zu gewinnen; mit Reinholds heiliger Pilgerreise und der hegelschen „Idee" als „einziger Wirklichkeit" ist da nichts zu erreichen. Im Einzelnen und Besonderen hängt außer von dem moralischen Niveau der Zeit unberechenbar Vieles von der Weiterentwickelung der Technik ab. Für die weiteren Triumphe der Technik ist aber heute noch kein Ende abzusehen. Ihre letzten großen Errungenschaften, Elektrotechnik und Telephonie, mögen einer größeren Decentralisation in der Gliederung der Geschäfte, einer räumlichen Wiederverknüpfung von Haushaltung und Produktionthätigkeit Vorschub leisten. Die selben Fortschritte der Technik können der häuslichen Beschäftigung vieler jetzt mehr oder weniger brach gelegten und vergeudeten weiblichen Arbeitkräfte, vielleicht auch der

genossenschaftlichen Gesammterhaltung bäuerlicher Kleinbetriebe und einiger Zurückhaltung von Händen selbst beim Großgutbetrieb sich günstig erweisen; es mag gelingen, mit Hilfe der genannten Errungenschaften der Technik und im Zusammenhang mit großer Reform des Wohnwesens der kleinen Leute die im Schwitzsystem schmachtenden hausindustriellen Arbeiter zu erlösen; relativ mag zerstreute Beschäftigung dem Fabrikbetrieb gegenüber wieder mehr an Ausdehnung gewinnen. Was aber auch die Technik weiter bringen mag, so wird dagegen die Oekonomik, der unentfliehbare Zwang zu größter Wirthlichkeit, ihren bisherigen Gang der Konzentration aller, auch der zerstreuten Beschäftigung, den Drang zu großgeschäftlichem Produziren und Absatz nicht rückgängig machen; die steigende Aufstapelung von Kapital und Arbeit wird durch alle weiteren Fortschritte der Technik, namentlich der Verkehrstechnik, nur noch zunehmen können. Je mehr relative Selbständigkeit aller Theilnehmer an größeren Produktiongemeinschaften wiedergewonnen, je mehr Einzelinteresse für die Gesammtarbeit in jedem Mitproduzenten erweckt werden wird, desto mehr mag Produktion in öffentlicher Berufsarbeit erforderlich werden. Mit gutem Grund richtet sich zur Zeit die nationalökonomische Aufmerksamkeit auf die thatsächlichen Monopole aller Art. Die Kartelle, Syndikate, Trusts u. s. w. haben unleugbar Lichtseiten; sie gestatten, die Kapitalsvergeudungen der Konkurrenzanarchie zu vermeiden und eine für Arbeit und Kapital wohlthätige Planmäßigkeit der Produktion zu erreichen. Sie steigern aber auch die Macht zur Ausbeutung der Lohnarbeiter und aller Konsumenten. Ob es der freien Gegenvereinigung der Lohnarbeiter in den Koalitionen und der Gegenvereinigung der Konsumenten in den Wirthschaftgenossenschaften allein und ausreichend gelingen kann, der monopolistischen Ausbeutung durch Wenige mit Erfolg die Stirn zu bieten, ist namentlich hinsichtlich des Preises der unentbehrlichen Sachgüter sehr fraglich. Die Monopole können da schon eine volkswirthschaftliche, geschweige politische und sonstige Nothwendigkeit ergeben, in der Richtung auf öffentliche Produktion weiter auszugreifen.

Diese ganze Auffassung habe ich angesichts der klaren Thatsachen zeitgenössischer Entwickelung vertreten. Im Licht der allgemeinen Entwickelunglehre habe ich das Koalitionwesen beider Klassen, die Kartell-, Trust-, Ring- und Bazarbildung, sowie die ganze bald unübersehbare Genossenschaftbewegung, den Drang einer nationalgenossenschaftlichen Zusammenfassung auch der Landwirthschaft aufzufassen und für die Praxis der Politik erfaßbar zu machen gesucht. Von müssiger Spielerei und metaphysischer Hirnweberei ist nicht die Rede, wenn für große Zeitprobleme praktische Lösungen gesucht werden. Phantastische Ideologie und praktischer Idealismus oder, wie Reinhold mißverständlich sagt, „praktischer Optimismus“ sind himmelweit verschiedene Dinge. Der praktische, den historischen Boden festhaltende Idealismus wird darin be-

stehen, für die in den Zeitgenossen schon lebendigen Interessen, für die zum geschichtlichen Fortschritte drängenden Bestrebungen klare Gedanken zu gewinnen, für die politisch gegebenen Probleme praktisch ausführbare Ideale zu formuliren, welche „die Wirklichkeit auf Distanz" bedeuten. Das muß umsichtig und kann von der Wissenschaft nur hypothetisch geschehen; selbst dem praktischen Staatsmann ist dabei große Reserve geboten und ich persönlich möchte die Methode des Experimentes, die Reinhold rechtfertigt, stets mit der äußersten Vorsicht in der Sozialpolitik angewendet wissen. Es kann nicht fehlen, daß der praktische Idealismus auch zu mehr oder weniger falschen Vorschlägen sich verirrt. Ich selbst lehne eine Reihe solcher Vorschläge ab, z. B. den Staatssozialismus, d. h. alle Verstaatlichung, so weit sie nicht unerläßliches Mittel für die eigensten Staatsfunktionen ist; Verstaatlichung und Veranstaltlichung sind für mich nicht gleichbedeutende Dinge; weiter das famose Miterbrecht des Staates am Privat- und Familieneigenthum; ich verwerfe jede maßgebende Verlegung der Sozialpolitik in die Finanz-, insbesondere in die Steuerpolitik; eben so die Nationalisirung des Grundeigenthumes, sei es nach den Theorien von Henry George und Flürscheim, sei es nach den praktischen Rezepten des ersten jüdischen Finanzministers im Buch Mosis I, 41 ff., ferner die Anwendung öffentlicher Zwangsbetriebsformen auch da, wo die freie Genossenschaft und die Privatunternehmung besser, eben so gut oder wenigstens leidlich den Dienst thun. Der Kritiker jedes Vorschlages in der Sozialpolitik hat aber die Pflicht, die Fehler auch zu erweisen und durch praktischere Vorschläge zu ersetzen. Das aber thut Reinhold mir gegenüber nicht. Keinen einzigen meiner kritischen Hauptanwürfe gegen den dem Monopol zueilenden Kapitalismus, keine der hypothetisch erörterten positiven Grundreformen und der dafür vorausgesehenen Folgen faßt Reinhold auch nur mit einem Worte an. Er müßte sie doch alle als Hirngespinnste zuvor dargethan und dafür die eigenen pessimistischen Träumereien als die volle Wirklichkeit erwiesen haben, ehe er sich gegen uns den Vorwurf erlaubt, daß wir frischweg die Steigerung der Idee ins Unendliche behaupten, d. h. daß wir mit der Sozialreform Phantasiesport treiben. Die Behauptung, alle Sozialisten seien Ideologen, auch diejenigen, die nach Reinhold eigentlich keine sind, genügt ihm: dixi! Bei solchem Andichten läßt es sich dann freilich leicht so darstellen, als ob unsere Sozialreform reiner cant, geräuschvoller Schwindel sei, daß wir uns als jedes positiven Gedankens baar, als impotent und bankerott, als Schön- und Bauchredner „leerer Worte" erwiesen haben. Reinhold unterstützt seinen Beweis unserer sozialpolitischen Nichtigkeit durch ein wohlberechnetes Manöver des Totschweigens. Mit keinem Wörtchen erwähnt er, daß ich auf die allgemeine Arbeiterversicherung, die selbst nach Reinhold nicht zum cant gehört, sowohl praktisch als theoretisch,

sowohl in der gesetzgeberischen als in der wissenschaftlichen Formulirung einen — urkundlich erweisbaren und Reinhold gewiß nicht unbekannten — Einfluß geübt habe. Meinen Vorschlag einer fundamentalen genossenschaftlichen Kreditreform nach dem Grundsatz der Verschuldungsgrenze, den ich zuerst gemacht habe, ignorirt er ebenfalls; von diesem Vorschlag hat selbst Herr Dr. Miquel im Landtage bemerkt, daß man nicht wissen könne, ob mir nicht die Zeit noch Recht geben werde.

Dürften wir auf ein langes Gedächtniß der Leser und Gönner Reinholds mit eben der Zuversichtlichkeit uns verlassen, wie Reinhold auf ihr kurzes Gedächtniß zu bauen scheint, so könnten wir uns die Quälerei abermaliger Widerlegung unserer angeblichen Ideologie einfach ersparen. Er sagt ja gelegentlich vor seinen Lesern selbst, daß wir nicht dem ideologischen Idealismus huldigen. Mir hat er wörtlich bezeugt, daß bei mir von „Ideologie" und „Professorenweisheit" nicht die Rede sei. Die Sozialdemokratie soll ich „tötlich getroffen", gegen sie „die ganze Wahrheit mit Feuerzungen geredet" haben. Reinhold kann sich mir gegenüber nicht dahinter verschanzen, daß die von ihm angeführte Stelle in meiner „Aussichtlosigkeit" sich finde, nicht aber in „Bau und Leben des sozialen Körpers". Ich habe auch früher nicht als „sozialreformfreundlicher und enthusiastischer Jüngling" geschrieben. Alle meine Einwendungen gegen die Illusionen des sozialdemokratischen Kommunismus, die von Reinhold verwerthet werden, sind schon in der ersten Auflage von „Bau und Leben" eingehend begründet, wovon der Leser durch den einfachen Blick auf die kurzen zugehörigen Schlußstellen sich überzeugen kann. Ich stand im zweiundvierzigsten Lebensjahr und war im Besitz einer reichen Anschauung des praktischen Lebens, als ich die erste Auflage schrieb, und habe, da ich mit fünfundsechzig Jahren mein Werk nochmals herausgeben konnte, kein Wort von meiner Auffassung zurückgenommen oder zurückzunehmen gehabt; selbst in der „Quintessenz des Sozialismus" hatte ich, obwohl ich da den Gedankengehalt des sozialdemokratischen Kollektivismus darzustellen und nicht zu kritisiren hatte, nachdrücklichst einen Kommunismus nach den Grundsätzen der utopistischen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als unausführbare Träumerei behandelt. Ich bin nicht nur nicht mehr, ich war nie ideologischer Sozialist. Wäre ich es aber in der ersten Auflage gewesen, so wäre ich es auch jetzt noch, da ich in der zweiten Auflage den Standpunkt der ersten Auflage wörtlich — und ich will es gestehen: mit verstärkter Ueberzeugung — festgehalten habe. Nicht nur mir, auch Adolph Wagner muß Reinhold am Schluß einräumen, daß er ein ideologischer Sozialist gar nicht ist. „Zieht man," so sagt er, „das Fazit der Untersuchungen Wagners, so läßt sich die überraschende, von Niemand erwartete Thatsache feststellen, daß auch dieser gelehrte Katheder-sozialist mit beiden Füßen auf dem Boden der historischen Gesellschaft steht und in fast

allen und jedenfalls in den entscheidenden Fragen über die Volkswirthschaft des Eigeninteresses nicht hinausgekommen ist." Annähernd richtig ist diese Bemerkung, überraschend aber kann das „Fazit" nur Dem sein, der mit Vorurtheilen an Wagner herangetreten ist. Und Aehnliches gilt von Marlo, von F. A. Lange, der die Unausführbarkeit der staatsromantischen Ideologien ausdrücklich betont, endlich von John Stuart Mill, obwohl er dem St. Simonismus in seiner Jugend persönlich nah gestanden hatte. Mill stellt ja schließlich in dem Wort, das Reinhold selbst anführt, den nicht ideologischen Begriff der Freiheit entscheidend dem Kommunismus gegenüber und sagt: „Wenn eine Vermuthung gewagt werden darf, so scheint die Entscheidung hauptsächlich von der einen Erwägung abzuhängen, welches der beiden Systeme sich mit der größten Ausdehnung der menschlichen Freiheit und Entwickelung verträgt."

Reinhold wärmt nun gegen den Gelehrten-Sozialismus eine Reihe von Vorwürfen auf, die oft abgewiesen sind und, was mich betrifft, bei dem flüchtigsten Blick auf ein paar Seiten der betreffenden Schlußausführungen meines Werkes sich als aus der Luft gegriffen erweisen. Ich nenne u. A.: die Insinuation panökonomistischer Ueberschätzung der materiellen gegenüber den ideellen Interessen, den Vorwurf sozialer Stegreifschöpfungen, den Vorwurf der Feindschaft gegen alles Privateigenthum und der Ausschließung alles öffentlichen Eigenthumes, das weder Staats- noch Kommunaleigenthum wäre, den Vorwurf, ein allgemeines Staats-Arbeitzuchthaus für Alle einrichten zu wollen, während ich doch auch für öffentliche Produktiongemeinschaften die Regulirung aller Preise durch fortdauernden freien Wettbewerb aller Arbeitkräfte nach dem sozialen Werth der individuellen Leistungen nachdrücklichst betont habe, u. s. w. Ich darf mich darauf beschränken, an den eigentlichen Unterscheidunglehren, an den Forderungen der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit, an der Gemeinschaftidee nachzuweisen, daß wir und nicht Reinhold den Boden der geschichtlichen Gesellschaft unter den Füßen und die Natur des „wirklichen Menschen" für uns haben. Vorläufig will ich nur noch Etwas sagen, das mich auch vor dem Verdacht schützen soll, als wollte ich durch erneute Abstandnahme vom illusionären Sozialismus den Gelehrten-Sozialismus vor den Augen mächtiger Sozialreaktionäre weiß waschen. Hätte ich, was zum Glück nicht der Fall ist, in der Theorie nur die Wahl zwischen sozialistischem Optimismus und kapitalistischem Pessimismus, so würde ich dem ersten den Vorzug geben. Was man von Reinholds abstrakt pessimistischer Theorie nicht sagen kann, gilt wenigstens von den Illusionären der sozialistischen Weltverbesserung. Der optimistisch ideologische Sozialismus ist nach Reinhold „eine der großartigsten Manifestationen der Idee" und wieder nach Reinhold ist „der Optimismus die Quelle jeder schöpferischen That, der Pessimismus der Tod des aktiven Handels". In der That haben die sozialistischen Utopisten eine gewaltige

Wirkung erzielt: sie haben die Massen mit Idealen erfüllt; sie haben gewaltige Triebkräfte für die praktisch mögliche Sozialreform erweckt. Rousseau und der physiokratische Leibarzt Ludwigs des Fünfzehnten, Quesnay, waren die optimistischen Ideologen der Emanzipation des Dritten Standes und sind dennoch Bahnbrecher der Bourgeoisie und des Kapitalismus geworden, obwohl Das, was Ideologie an ihnen war, nicht in die Wirklichkeit übersetzt wurde noch je übersetzt werden kann. Die alten Stände des ancien régime hatten das Recht, die Lehren des contrat social und der Physiokratie ideologisch abstrakte Theorien zu nennen; diese Ideologien haben dennoch mächtig dazu beigetragen, die alte Gesellschaft von Grund aus zu wandeln und ein neues, zuerst kleinbürgerliches, bald und nothwendig großbürgerliches, „bourgeoises" Zeitalter heraufzuführen. Deshalb darf man die Ideologien heutiger Wortführer des Vierten Standes auch nicht als Bagatelle behandeln; in abermals hundert Jahren — vielleicht früher, vielleicht später — kann in der civilisirten Welt ein Zustand eingetreten sein, der heute so wenig vorauszusehen oder auch nur zu ahnen ist, wie 1789 die jetzt herrschende kapitalistische Ordnung zu ahnen war. Dieser Zustand mag über den Kapitalismus als nicht utopistischer Kollektivismus eben so weit hinausreichen wie das kapitalistische Bürgerzeitalter über die Gesellschaft des alten vor 1789 bestehenden Gesellschaftzustandes. Von Allem, was Reinhold in seinem Buch geredet hat, ist mir am Unverständlichsten geblieben, daß er dem Sozialismus jede Zukunft abspricht, weil dieser durch die erste französische Revolution hätte durchdringen müssen, wenn er überhaupt möglich wäre. Die praktische Umgestaltung, die für die ideologische Umsturzbewegung der ersten Revolution ein halb bewußtes Ziel gewesen ist, nämlich die Emporhebung des Bürgerthumes neben und über den zwei alten Ständen, ist in hundert Jahren vollständig zum Durchbruch gekommen. Das sollte die heutigen Legitimisten des Dritten Standes lehren, daß auf Erden Alles vergänglich ist. F. A. Lange hat Recht, wenn er sagt: „Unter allen Träumen ist der thörichteste der, sich die Verhältnisse der Gegenwart verewigt zu denken. Der Traum eines Philisters, der auf die Ewigkeit unserer Zustände hauptsächlich aus der Regelmäßigkeit schließt, mit der er mittags seine Suppe auf dem Tisch findet, ist eben bedeutunglos, er ist ein Ergebniß passiver Gedankenlosigkeit, während die Träume eines Plato, Thomas Morus und der neueren Kommunisten doch wenigstens durch Gedanken hervorgerufen sind, die in der Menschheit niemals aussterben und die, obwohl sie niemals zu völliger Verwirklichung gelangen, doch auch niemals ohne Einfluß auf den Gang der Geschichte bleiben." Und Reinhold sagt es ja selbst: „Der Idealismus ist die Quelle jeder schöpferischen That, der Pessimismus aber der Tod des aktiven Handelns."

Stuttgart. Albert Schaeffle.

Schulbureaukratie.

Daß wir am Ende des neunzehnten Jahrhunderts leben, weiß Jeder. Und doch muß man es sich zuweilen mit besonderem Nachdruck sagen, weil man sonst glauben könnte, ins Mittelalter versetzt zu sein. Staunend greift man sich an den Kopf mit dem Ruf: Ist es denn möglich, daß heute Solches geschehen kann?

Aber was ist denn geschehen? O weiter nichts, als daß in den gesegneten Fluren des Leistenweins ein Schulmeister gehetzt worden ist, von seinem Inspektor nebst dessen Hilfstruppen. Was braucht man sich da weiter aufzuregen? Es wird ihm schon recht geschehen sein. Ist gewiß einer von der aufgeblasenen, widerhaarigen Sorte gewesen, die Alles besser wissen und selbst unseren Herrgott meistern will. Da ists durchaus nöthig, daß ein scharfes Regiment drüber kommt. Denn sonst — wohin kommen wir denn — u. s. w. u. s. w.

Das ist etwa die Rede des biederen Durchschnittsphilisters, der sich zuweilen in den fürs Leben nöthigen Aerger hineinsprechen muß. Diesmal freilich hat er sich ganz vergeblich ereifert. Denn der Lehrer, um den es sich handelt, ist nicht aus gewöhnlichem Holz geschnitzt. Deshalb verlange ich nicht etwa eine Ausnahmestellung für ihn. Gewiß nicht. Nur ein Wenig Verständniß für seine Art, sich zu geben und zu arbeiten. Das ist doch wohl das Wenigste, was man von einem christlichen Schulinspektor erwarten darf, daß er ein Herz hat für seine Lehrer; daß er jeden in seiner Eigenart zu nehmen weiß; daß er sichs angelegen sein läßt, mit Rath und That jedem beizuspringen, wo es im Interesse der Jugendbildung nöthig ist; daß er die Arbeitlust seiner Lehrer wach zu halten und zu steigern versteht. Wer Das nicht kann, wer nur den Herrscher, den Schulpapst herauszukehren vermag, Den sollte man lieber im Strafarbeithaus anstellen, als Aufseher für Sträflinge. Ein Schulinspektor, der sich vornimmt, seine „Methode" in der Schule durchzuführen, nach seinem Kopf allein Alles zu kommandiren, nach seiner Pfeife Alles tanzen zu lassen, ist sehr weit davon entfernt, der Jugend zu dienen und ihren Erziehern zu helfen. Er hat nicht den Geist Pestalozzis erfaßt. Die Schablone ist sein Ideal. Daß äußerlich Alles glatt geht, wie bei einer gut geölten Maschine, ist sein Stolz. Am Liebsten sind ihm die Lehrer, die keine eigene Meinung haben, im Gehorsam ersterben und Alles ohne Zögern willig ausführen, was befohlen wird. Wohl Denen, die sich so glücklich entwickelt haben, daß sie dem Gesetz der Anpassung auch in den schwierigsten Lagen gerecht werden können. Aber wehe dem Unglücklichen, der unter Mühe und Schweiß bestrebt war, sich eine eigene feste pädagogische Ueberzeugung zu bilden, sich ernstliche Gedanken über seinen Erzieherberuf

zu machen, seine Unterrichtsarbeit fort und fort genau zu überdenken, um den besten Weg für die Jugend zu finden, deren wahrhafte Förderung seine einzige Sorge ist. Er hat sich durchgerungen zu einem klaren Standpunkt; danach richtet er seine Arbeit ein; Das ist seine Lust, zu sehen, wie sicher die Kinder unter seiner Führung voranschreiten; Das hebt ihn und macht ihn innerlich frei in der Tretmühle der täglichen Kleinarbeit. Und doch wehe ihm? Ja, wenn er das Unglück hat, unter einem Inspektor zu arbeiten, dessen höchstes Ideal die Schablone ist, der sich damit brüstet: „In meinem Bezirk giebt es nur eine Methode, die von mir für richtig befundene. Alles Andere ist Ketzerei, muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Wer aber widerstrebt, Der soll schon zahm gemacht werden. Dafür ist ja die Temporaliensperre da. . ."

Sollte es aber wirklich solche Tyrannen geben? Sollte es möglich sein, daß am Ende unseres Jahrhunderts ein Schulinspektor sich einbilden könnte, daß er der methodischen Weisheit letzter Schluß sei und daß alle seine Untergebenen sich ihm zu beugen hätten? Der keine Ahnung davon hätte, welche Verwüstungen er mit solcher Tyrannei anrichten kann?

Ja, es ist möglich. In dem würzburger Schulstreit können wir diese Tragoedie verfolgen, den Kampf zwischen einer Inspektion, die es auf Herrschaft und Unterwerfung abgesehen hat, und einem Lehrer, der seinem pädagogischen Ideal nicht untreu werden will.*)

Fassen wir das Prinzipielle des Streites ins Auge, Das, was auch weitere Kreise interessiren dürfte, so treffen wir auf die große, ernste Frage, wie weit die Herrschaft des Staates auf dem Schulgebiet gehen dürfe. Diese Frage ist nicht neu; sie hat ihre Geschichte, die sich an die Namen Herbart, Fichte, Schleiermacher, W. von Humboldt, Mager und Dörpfeld knüpft. Sie hat auch unter der scharfen und eingehenden Beleuchtung dieser Männer ihre ausreichende Beantwortung gefunden. Ich möchte sie in folgende Punkte zusammenfassen: 1. Der Staat ist zwar der Schulherr und führt als solcher durch seine Organe die Aufsicht, aber seine Macht ist hier naturgemäß eine beschränkte, da sie auf die freiwillige Mitarbeit aller am Schulwesen betheiligten Organe angewiesen ist. 2. Diese freiwillige, aus innerer Lust geborene Mitarbeit kann sich nur da einstellen, wo hinreichender Spielraum für freie, individuelle Bewegung gegeben ist. 3. Deshalb wird der Staat als oberste

*) Ueber diesen Kampf berichten uns drei Schriften: 1. F. A. Schröder, Die Rechtsunsicherheit der Volksschullehrer und der Schulbureaukratismus. Leipzig, A. Hahn. 1898. 2. Dr. von Steidle, Die Wahrheit bezüglich des Falles Zillig in Würzburg. Würzburg, A. Göbel. 1898. 3. F. A. Schröder, Hofrath Dr. von Steidle und die Wahrheit im Fall Zillig in Würzburg. Leipzig, A. Hahn 1898. (S. auch die Kammerverhandlungen in München, April 1898; Stenogr. Bericht No. 420/21.

Centralstelle für die Verwaltung der geistigen Güter der Nation wohl die Ziele für die verschiedenen Schulgattungen feststellen, auf deren Zusammenwirken der Fortschritt der nationalen Arbeit beruht. Er wird auch stets nachprüfen dürfen, ob diese Ziele erreicht werden, aber ein direkter Eingriff in die Wege, die zu diesen Zielen hinführen, ist nicht zu empfehlen, weil dadurch leicht ein Zwang ausgeübt werden kann, der die Arbeitlust und Freudigkeit untergräbt und mancherlei Konflikte heraufbeschwört.

Leider hat der Thatendrang unserer Schulinspektionen nicht selten die Grenzen verwischt, die durch die Natur der Sache selbst gezogen sind. Er ist über die Grenzen hinausgedrungen in Gebiete, die ihm verschlossen sein sollten. Da darf man sich nicht wundern, wenn der Widerspruch sich regt. Denn je tüchtiger der Lehrer ist, um so schärfer schlägt sein pädagogisches Gewissen. Handlangern gegenüber braucht man nicht besorgt zu sein. Sie thun, was ihnen befohlen wird. Aber selbständige Naturen, die ihre Lebensarbeit mit Gewissenhaftigkeit, Treue und Einsicht vollziehen, fühlen sich gedrungen, die Befehle, die ihrer Arbeit von außen her eine bestimmte Richtung geben wollen, an der eigenen Ueberzeugung zu messen. Stimmt Beides überein, so wird es gehen. Stehen sie sich aber schroff gegenüber, dann wird der charaktervolle Lehrer widersprechen, wenn er nicht mit sich in Widerspruch gerathen will. Die Klugheit allerdings räth ihm, zu schweigen, aber sein Gewissen treibt ihn, zu reden. Eine einsichtvolle Inspektion wird Das auch willkommen heißen, — eine Inspektion, die sich auf Gründe und Untersuchung der Gründe einläßt. Sie wird dann leicht auch über manche Schärfen, ja Uebertreibungen des Lehrers hinwegsehen können, wenn sie nur die Ueberzeugung hat, daß er mit aller Hingabe seines Herzens für die ihm anvertraute Jugend sorgt, in Führung und Unterricht. Wenn freilich die Macht allein gebieten soll, dann verhüllt die Gerechtigkeit ihr Haupt. In dem würzburger Schulstreit ist es geschehen. Er ist ein typisches Beispiel dafür, wie der Bureaukratismus alles frische, selbständige Streben lähmt und dadurch die Sache schädigt, die er zu fördern meint. Kaum auf irgend einem Gebiet dürften seine verheerenden Wirkungen so verderblich sein wie auf dem des Schulwesens. In der Schule kommt es vor Allem auf den frei schaffenden und gestaltenden Geist des Lehrers an. Die schöpferische Thätigkeit des Lehrers ist das belebende Element, das durch rechte Aufsicht gestärkt werden soll, durch Machtsprüche von oben aber nur zu oft gelähmt wird. Solche Einsicht verlangen wir von der Schulbehörde. Selbst wenn im würzburger Schulstreit des Lehrers Verhalten nicht ganz einwandfrei gewesen sein mag, so liegt die Hauptschuld doch auf der Seite der Schulinspektion, die sich unfähig gezeigt hat, die Kraft des Lehrers Zillig an die rechte Stelle zu setzen, sie in rechter Weise zu fördern und im Dienste der Jugenderziehung zu voller Entfaltung zu bringen.

Jena. Professor Wilhelm Rein.

Die beiden Pilger.

Eine Felswand fiel mehrere hundert Fuß steil ab wie eine Mauer. Ungefähr in ihrer Mitte führte ein schmaler Pfad, gerade breit genug für eine einzige Person. Er war fast ganz in den Felsen hineingehauen und nur selten benutzte er einen schmalen natürlichen Vorsprung.

Das Gestein war nackt und braun. Aber zuweilen hing eine dünne Brombeerranke nieder und streifte den Hut des Wanderers. Diese Felsenwand zog sich wohl zwei Stunden weit hin. An ihrem Fuß dehnte sich ein Thal aus, das lachte. Da waren weite hellgrüne Wiesenflächen, zwischen denen sich der silberne Strom hinzog, und geradlinige Aecker, die braun oder goldgelb waren; und ganz weithin erhob sich schroff eine zweite Wand gegen den dunkelblau leuchtenden Himmel; auch sie war nackt und braun und nur oben war ein ganz dünner dunkler Strich gegen den Himmel, Das war der Wald. In der Mitte des Thals, an dem Strom, lag das Kloster, das aus braunen Steinen gebaut war und in dem Glocken läuteten.

Der Felsenweg durfte nur abwechselnd den einen und den anderen Tag von der einen und der anderen Seite begangen werden, damit sich nicht zwei Wanderer mitten auf ihm trafen; denn weil er zu schmal war, konnte Keiner an den Anderen vorbei; und es war auch nicht möglich, auf ihm umzukehren.

Nun gingen eines Tages gleichzeitig zwei Pilgersleute von den entgegengesetzten Seiten auf den Weg. Jeder trug einen Muschelhut, einen braunen Mantel und Sandalen; in der Hand hielt Jeder einen mit Eisen beschlagenen Pilgerstab. In der Mitte des Weges trafen sie einander. Da hing eine blühende Ranke herab, um die Bienen summten. Die Pilger blickten einander ins Auge und es fand sich, daß sie sich gleich sahen wie Zwillinge. Sie versanken in gegenseitige Betrachtung. Die Sonne stand in der Mitte des blauen Himmelsbogens und es blitzte viel in dem Fluß unten. Während sie einander ins Auge blickten, bemerkte Jeder, daß der Andere immer die selbe Bewegung machte wie er selbst, als ob der Eine immer des Anderen Spiegelbild sei. . . Und plötzlich wußten sie auch, daß Jeder vom Anderen Alles wußte und daß Das genau das Selbe war, was sie Beide in sich hatten und was ihnen früher geschehen war. Da wurde es Jedem klar, daß der Andere er selbst sei; und sie gingen mit zitternden Knien auf einander zu; aber in einer Spanne Entfernung blieben sie dann wieder stehen, denn Jeder spürte deutlich, daß der Andere genau ein wirklicher Anderer war.

Zwischen ihnen hing die Brombeerranke; und ihre Blüthen und zackigen Blätter zeichneten sich als Schatten auf der Wand ab.

Sie schwiegen lange und sahen einander traumverloren ins Gesicht. Und nach einer langen Weile tönte ganz dünn von unten herauf das Läuten der Klosterglocken; ihre Lippen bewegten sich leise zum Gebet, während sie eng, mit herabhängendem Arm, an die steile Wand gepreßt standen. Ein dünner Rauch, durchsichtig blau, kräuselte sich vom Kloster in die Luft.

Sie dachten auch, wie es wäre, wenn sie durch die Luft hindurchschritten, wie auf einer kristallenen Brücke, über das Thal mit dem Fluß, den Aeckern, dem Kloster, zum jenseitigen Gebirge.

Das aber quälte doch Jeden am Meisten: ob der Andere wirklich er selbst

sei oder wirklich ein Anderer; und wenn er er selbst, was er denn dann sei? Jeder wußte: sie waren gestern Abend bei frommen Leuten eingekehrt und dann waren sie heute früh mit einem Segensspruch weiter gewandert; er und der Andere, sie waren viele Monate gepilgert; sie hatten am Heiligen Grabe gekniet. Aber damals war es doch nur Einer gewesen, der Andere war noch nicht da; und wie war denn Das möglich, daß er ihn nicht hätte bemerken sollen?

Da hörten sie hinter sich ein leises, vorsichtiges Tappen, wie von Sandalen, und dann eine freundliche Stimme, die sprach: „Geh weiter, Brüderlein, geh vorwärts, Brüderlein." Hinter Jedem von Beiden stand wiederum ein Pilgersmann, der genau so aussah wie sie: in Muschelhut und braunem Mantel und Sandalen und mit langem, grauem Bart. Als alle Vier einander erblickten, glitt das Entsetzen über ihr Gesicht.

Und dann kamen weitere Pilger; und sie hörten wieder die Worte: „Geh weiter, Brüderlein, geh vorwärts, Brüderlein," — und es durchschauerte sie, während die freundliche Sonne vom Himmel lachte und unten geradlinige Felder lagen. Immer mehr Pilger kamen von beiden Seiten; „Brüderlein, Brüderlein" wurde von hellen, freundlichen Stimmen gerufen; und sonst war kein Laut in der klaren Luft... Kein Laut war in der klaren Luft.

Später erhob sich dann ein Murmeln, leise. Und es wurde überlegt. Dann wurde gegangen, auf einer kristallenen Brücke, die sich in einem hohen Bogen über das Thal mit dem blitzenden Fluß spannte. Viele Pilger gingen auf der kristallenen Brücke, Pilger mit grauen Bärten, Pilger, die vorsichtig ihre Füße setzten, um den Kristall nicht zu beschädigen. Einer dieser Pilger wagte lange nicht, seinen Fuß auf den Kristall zu setzen. Als der Letzte des Zuges schon weit hinaus war, faßte er sich endlich Muth; dabei hatte er aber ein trauriges Gefühl über die Bienen, die summten. Und dann kam das Thal so schnell zu ihm in die Höhe und die Felswand wurde neben ihm hochgerissen, daß er die Augen schloß, denn er meinte, er läge im Traum; und da er einen linden Schmerz im Herzen fühlte, freute er sich auf das fröhliche Erwachen auf einer Lagerstatt von duftendem Heu, wo unten mit Geräthen gerasselt wurde.

Aber als er die Augen öffnete, war das Thal zu ihm heraufgekommen; nur die kristallene Brücke mit den übrigen Pilgersleuten schwebte hoch über ihm. Sie blitzte so stark, daß er es mit den Augen nicht aushalten konnte. Er selbst stand mit seinen Sandalen in einer blumigen Au und neben ihm war ein Ordensbruder in weißem Kleide. Dieser faßte ihn bei der Hand und sagte in freundlichem Tone: „Komm mit, Brüderlein;" und während er hinaufwies, zu der kristallenen Brücke mit den vielen Pilgersleuten, sagte er: „Sie kommen an, ja, sie kommen an." Er führte ihn in das Kloster, wo auf dem Hof, von dem mit Säulen geschmückten Kreuzgang umschlossen, viele Rosen blühten und Schmetterlinge flogen. Und auch der Pilger dachte: „Sie kommen an, ja, sie kommen an."

Und als er dann an der Abendtafel saß, neben dem Abt, der einen großen Ring mit einem köstlichen Stein trug, und an der Tafel die weiß gekleideten Brüder saßen, da erzählte er von seiner Pilgerfahrt, und wie es in Jerusalem gewesen sei. Und er war auch auf dem Libanon gewesen und hatte die Cedern Salomonis gesehen. Das waren hohe Bäume mit breiten Aesten ganz oben, unter denen es schweigsam war.

Paul Ernst.

Selbstanzeigen.

Hohe Politik, kritische Randbemerkungen zum internationalen Leben der Gegenwart. Berlin, Hermann Walther. 1898.

Schon in der kurzen Zeit, die seit der petersburger „Friedenskundgebung" verstrichen ist, ist die Presse aller Länder und aller Parteischattirungen darüber einig geworden, daß diese Kundgebung völlig werthlos sei. Diese Ansicht wäre vielleicht zutreffend, wenn der Zar wirklich, wie man allgemein behauptet, schlechthin eine „allgemeine Abrüstung" forderte oder grundsätzlich nur darauf abzielte, „dem stetigen Fortschreiten der Rüstungen" ein Ziel zu setzen. Abrüstungverträge oder ähnliche internationale Vereinbarungen wären allerdings bei der gegebenen Lage der Dinge eben so unsinnig wie erfolglos. Diese Wahrheit ist keineswegs neu; sie ist auch schon früher erkannt und selbst von Leuten, die durchaus nicht mit dem großen Strom der journalistischen Durchschnittsweisheit einherschwimmen, begründet worden. Aber steht denn der Zar auf dem Standpunkte, den ihm die „Organe der öffentlichen Meinung" fast ausnahmelos imputiren? In seinem Manifest spricht er doch ganz klar aus, daß es wesentlich darauf ankomme, zwischen den Mächten einen „wahren Frieden" zu etabliren, als dessen eben so natürliche wie höchst wünschenswerthe Konsequenz sich dann freilich eine „Abrüstung" in gewissem Maß ergeben kann und ergeben soll. Das Manifest ist also lediglich ein Appell an die Diplomatie, deren Beruf es ist, den Frieden auf eine positive Grundlage zu stellen und dafür zu sorgen, daß er nicht nur aus der Furcht des Einen vor der physischen Uebermacht des Anderen resultirt. Man verlangt von Petersburg her nichts Anderes als eine Reform der bisherigen diplomatischen Technik, die nachgerade höchst kümmerlich erscheint und nicht mehr auf der Höhe der Zeit steht, denn sonst würde die von dem Zaren in geradezu klassischer Weise gezeichnete, unsäglich tragikomische Trostlosigkeit des internationalen Lebens unmöglich sein, die kein Denkender verkennen kann oder etwa darum wird bestreiten wollen, weil die internationalen Verhältnisse stets eben so trostlose, mitunter noch elendere waren als jetzt. Von einer Diplomatie im heutigen Sinne des Wortes kann überhaupt erst seit dem sechzehnten Jahrhundert gesprochen werden, seit der Zeit, da den Menschen zum ersten Male das Bewußtsein kam, daß die Kulturmächte einander als gleichberechtigt anzuerkennen haben, und man von dieser Anschauung her dann allerdings nicht über den Gedanken hinausgelangte, daß es möglich sein müsse, eine bestimmte „Staatengesellschaftordnung" zu schaffen, ohne der Souveränetät oder der Entwickelungfähigkeit der einzelnen darin begriffenen Mächte auch nur im Entferntesten zu nah zu treten. Eine Formel für die praktische Verwerthbarkeit dieser „Völkerrechtsidee", die in Wahrheit die antike und mittelalterliche Welt von der modernen scheidet, konnten oder wollten die genialen diplomatischen Publizisten oder publizistischen Diplomaten, unter denen der Niederländer Grotius besonders glänzend hervortritt, nicht finden. Aber die Diplomaten hätten doch seitdem ein Vierteljahrtausend Musse gehabt, das Fehlende nachzuholen: statt aber auf dem Fundament weiterzubauen, das die Klassiker ihrer Zunft gelegt hatten, machten sie sich vielmehr daran, es allmählich wieder über den Haufen zu werfen. Die Schulung

der Diplomatie muß eine andere werden als bisher. Diese Schulung hat heute, wo abermals eine große Periode der Kolonisation- und Civilisationpolitik anzuheben scheint, mit der Tradition der Schule aus der zweiten Hälfte des ablaufenden neunzehnten Jahrhunderts ziemlich gründlich zu brechen und dafür wieder an die niederländische Renaissance anzuknüpfen, in der auch der Konkurrenzkampf der europäischen Völker im Hinblick auf die überseeische Politik den größten Staatsmännern die Solidarität der Kulturwelt zum Verständniß brachte und auf die man jetzt auch sonst in Kunst und Wissenschaft so vielfach zurückgreift. Mit viel mehr Fug, als vor ein paar Jahren Rembrandt dem deutschen Volk als Erzieher empfohlen wurde, kann sein Landsmann und Zeitgenosse Grotius den modernen Diplomaten als erzieherisches Vorbild hingestellt werden; im Geist dieses großen Meisters fortzuarbeiten, darf sich eine im besten Sinne des Wortes moderne Diplomatie nicht abhalten lassen: weder durch die publizistische Wissenschaft, die, seit jener klassischen Epoche fast durchweg streng von der praktischen Diplomatie gesondert, aus Kritiklosigkeit oder unwürdiger Liebedienerei vor den Machthabern die diplomatische Technik immer für so vollkommen erklärte, daß die Frage nach ihrer Verbesserung nicht gestellt, geschweige denn beantwortet zu werden brauche, noch durch das Treiben der Friedensapostel, die allerdings instinktiv die ganze Misere des internationalen Lebens herausfühlten und eine Umgestaltung verlangten, dabei aber in der That sich begnügten, so hohle, unbrauchbare Phrasen vom Stapel zu lassen, daß sie die gute Sache allgemein in Mißkredit brachten. Weil diese Art von Leuten schlechterdings nicht das Zeug in sich hatte, das eigentliche, technische Wesen der Sache zu begreifen und sie nach allen Seiten hin nüchtern auszudenken, darum soll nun erwiesen sein, daß es auch jedem Sachverständigen unmöglich sein müsse, in der fraglichen Hinsicht gesunde und brauchbare Gedanken zu Tage zu fördern. Das Manifest des Zaren verneint diese Frage: es wendet sich einfach an die Sachverständigen, um eine befriedigende Lösung des Problems herbeizuführen: nicht, weil die Friedensapostel Dem vorgearbeitet haben, sondern, weil trotz allen friedensapostolischen Faseleien eine Reform der diplomatischen Technik eben so ausführbar wie nachgerade unerläßlich erscheint. Es ist also klar, daß es sich bei diesem Problem nicht um Das handelt, was die Friedensapostel wollen, d. h. nicht um den ewigen Frieden, ein Postulat, das überhaupt nur durch eine geradezu tragische Verwirrung der Begriffe formulirt werden konnte; und auch nicht um eine Verallgemeinerung der Idee von internationalen Schiedsgerichten, die, wie jeder Schiedsrichter, niemals an ein formales Recht gebunden sind, sondern, gleichsam als Gesetzgeber des einzelnen Falles, nach ihrem eigensten subjektiven billigen Ermessen die Machtsphäre jedes einzelnen Staates bestimmen bezw. derjenigen eines anderen gegenüber beliebig abgrenzen können, sondern lediglich um die mit Hilfe eines „Staatengrundvertrages" zu bewirkende grundsätzliche Stabilisirung des jeweiligen, seiner Natur nach zunächst nur thatsächlichen „status quo", der dadurch zu einer „Rechtsordnung" umzugestalten ist, daß man einen ordentlichen Staaten- oder Völkergerichtshof — im Gegensatz zu Schiedsgerichten — konstituirt, zur Entscheidung aller Meinungverschiedenheiten zwischen zwei Kontrahenten mit Bezug auf das objektive Recht des einzelnen konkreten Falles; und weiter darum, diese Stabilisirung von vorn herein nur für eine zeitlich genau begrenzte Frist zu berechnen, nach deren Ablauf dann grundsätzlich wieder

die bisherige Anarchie Platz zu greifen hätte, d. h. jede Macht nach wie vor, ohne sich dadurch eines formalen Rechtsbruches schuldig zu machen, ihre eigene Sphäre nach Gutdünken, eventuell auch auf dem Wege der Gewalt, also eines Krieges, bestimmen bezw. durch Einbruch in eine fremde Machtsphäre erweitern könnte, wenn sie es für erforderlich achtet, um ihre eigene Lebensfähigkeit zu erhalten oder ihre geschichtliche Sendung oder Das, was sie dafür ansieht, entsprechend zu erfüllen. Ein auf diese Weise zu schaffendes „periodisches Staatensystem", innerhalb dessen natürlich jede Verschiebung der bestehenden Verhältnisse durch Uebereinkunft der Interessenten zulässig ist und mit dem sich übrigens auch jede Regirung, selbst oder gerade wenn sie den status quo ansicht, befreunden könnte, weil sie ja dadurch handgreiflich darthun würde, ihn grundsätzlich als unabänderlich nicht anzusehen, — ist, rein juristisch gedacht, freilich nur eine halbe Maßregel, besonders, weil einem Staatengerichtshof niemals eine Exekutivinstanz, im eigentlichen juristischen Sinne, beigelegt werden könnte, um seine Urtheile etwa zwangsweise einem renitenten, souverainen Staat gegenüber zur Durchführung zu bringen; aber die Maßregel ist auch oder besonders diplomatischer, hochpolitischer Natur und als solche durchaus eine „ganze", vermuthlich außerordentlich erfolgreiche: es könnte, in diesem Sinne, durch den Staatengrundvertrag vereinbart werden, daß jeder Vertragsbruch einer kontrahirenden Macht einen casus belli gegen die vertragtreuen Kontrahenten bezw. einen casus foederis für diese dem Rechtsbrecher gegenüber bedingen soll, wie Aehnliches ja schon öfter in Allianceverträgen bestimmt wurde; es wäre ferner den Mächten damit endlich einmal, wenigstens zeitweilig, alle Veranlassung zu jenem Verfolgungwahnsinn genommen, zu dem sie jetzt noch in ihren Beziehungen zu einander besessen sind, so daß Einer dem Anderen schlechterdings nichts gönnt, weil er glaubt, daß dieser Andere immer Alles haben will; und es würde daher die eigentliche Bedeutung eines periodischen Staatensystems auf dem Gebiete der Staaten- und Völkerpsychologie liegen, mit der eine geläuterte hohe Politik vor allen Dingen zu rechnen hat. Ein eben so selbstverständliches wie wichtiges psychologisches Gesetz aber, das nicht nur für die Individuen, sondern auch für die Völker gilt, ist, daß die Rüstungen gegen Angriffe von außen her bei Jedem in dem selben Maß abnehmen, in dem die Wahrscheinlichkeit solcher Angriffe abnimmt. Mit einem periodischen Staatensystem würde also wenigstens theilweise eine allgemeine Abrüstung ohne jede besondere darauf gerichtete Abmachung angebahnt sein; und jedenfalls hätten „Abrüstungverträge" nur dann eine praktische Bedeutung, wenn sie sich an die Gründung von Staatensystemen anlehnen, da dann jeder Kontrahent in seinem eigensten Interesse bereit sein wird, einen solchen Vertrag nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geist nach zu erfüllen, und da ferner alle Kontrahenten, welche die segensreichen Wirkungen eines periodischen Staatensystemes an ihrem eigenen Leibe erfahren hätten, es sicherlich nur allzu gern nach Ablauf seiner Geltungdauer immer wieder, vermuthlich für immer längere Fristen, fortsetzen würden.

Das Ganze hat, wenn es auch begrifflich etwas Anderes bedeutet, doch äußerlich eine sehr große Aehnlichkeit mit dem bürgerlichen Gottesfrieden des Mittelalters, durch den die Kulturwelt einst ja auch, hauptsächlich in Folge psychologischer Wirkungen, aus dem Zustande des Faustrechtes in den einer festen, staatlichen Rechtsordnung übergeleitet wurde und der zunächst doch auch

lediglich gleichsam den formalen Zuschnitt des gesellschaftlichen Lebens betraf. Eben so würde durch eine solche temporäre völkerrechtliche Organisation den einzelnen Mächten nicht vorgeschrieben werden, was sie zu wollen bezw. als ihren geschichtlichen Beruf anzusehen oder bis wohin sie ihre Interessensphäre der der anderen Mächte gegenüber auszudehnen haben, sondern nur, in welcher Form sich die hohe Politik jedes Einzelnen bewegen soll, deren Inhalt zu bestimmen, lediglich die Sache jedes souverainen politischen Organismus von sich selbst aus ist und bleiben muß. Das periodische Staatensystem ist die Formel, bis zu der die Entdecker der Völkerrechtsidee nicht vorzudringen vermochten; und eine Diplomatie, die nicht versteht, mit dieser Formel zu operiren, sie praktisch im Einzelnen anzuwenden, steht nicht auf der Höhe der Zeit. Deshalb werden die von Petersburg her angeregten Konferenzen ergebnißlos verlaufen, wenn sich auf ihnen nur eine Anzahl von Dutzenddiplomaten, von Vertretern der hergebrachten, schablonenhaften, handwerksmäßigen Routine zusammenfindet. Zum Glück giebt es aber unter den Diplomaten manche, in denen wenigstens eine Ahnung von der gewaltigen Rückständigkeit der bisherigen hohen Politik aufzudämmern beginnt, und noch andere, die zum vollen Verständniß der hier entwickelten Anschauungen gelangt und eben so von der Nothwendigkeit wie Möglichkeit überzeugt sind, sie praktisch durchzuführen. Beschickt man die Konferenz mit Staatsmännern dieses Schlages, dann kann sie sehr leicht einen bedeutsamen Wendepunkt der Weltgeschichte bezeichnen, dessen Eintritt von jedem Einsichtigen lange erwartet werden mußte; denn in Erstaunen setzen könnte eine solche Wendung höchstens jene politischen Kannegießer, die nicht begreifen, daß der grundsätzliche „Internationalismus", richtig aufgefaßt, nicht nur geradezu gleichbedeutend mit einem gesunden „Nationalitätprinzip" ist, sondern auch in Wahrheit den direktesten Gegensatz zu dem verschwommenen Kosmopolitismus der Völkerverbrüderung-Enthusiasten darstellt; oder die famosen Konjekturalpolitiker, die vom Parterre nach der Diplomatenloge schielen und horchen, um die dabei für sie abfallenden, natürlich des geistigen Bandes entbehrenden Brocken als die Quintessenz aller Staatskunst weiterzugeben, nicht aber Jemanden, der sich durchaus auf den Standpunkt der praktischen Diplomatie stellt und die Aufgaben dieser Kunst für die moderne Zeit richtig erkennt. Als Beleg dafür darf sich gerade der Verfasser wohl ohne Ueberhebung auf seine kleine Schrift über die „hohe Politik" berufen, die fertig vorlag, ehe das Manifest des Zaren erschien, es aber, vor der Drucklegung, noch zu berücksichtigen vermochte. Es war eben längst mit voller Sicherheit zu erwarten, daß die im Vorstehenden dargelegten Erwägungen über kurz oder lang einen Ausdruck auch von amtlicher, autoritativer Stelle her finden würden; einigermaßen überraschen konnte nur, daß es gerade der Zar ist, der diese Aufgabe der Kulturwelt stellt. Aber im Grunde ist darin nur eine neue Bestätigung für die alte Erfahrung zu finden, daß die russische Diplomatie jeder anderen nicht nur an Verschlagenheit im macchiavellistischen Sinne, sondern auch an wirkliche Weite und Tiefe des Ausblickes für die Forderungen der Zeit stellenweise erheblich überlegen ist. Dem Rüstungfieber kann, soll und wird durch die „Friedenskonferenzen" zunächst kein Einhalt gethan, wohl aber der Völkerrechtsidee etwas besser als bisher zum Ausdruck verholfen worden. Die Mächte, deren Diplomatie Das nicht

einsehen und danach handeln wollte, würden sehr bald, trotz allen Aufwendungen für militärische und maritime Zwecke, ins Hintertreffen gerathen. Gerade im nationalen Interesse wird jede Macht ihr Möglichstes zu einem praktischen Ergebniß der Konferenzen beizusteuern haben; und durch ein solches Ergebniß wird, wie gesagt, allmählich, gleichsam unwillkürlich, doch dem Militarismus zu Leibe gerückt werden und damit jede Macht die auf andere Weise gar nicht denkbare Möglichkeit erhalten, die Mittel flüssig zu machen, die erforderlich sind, um die großen Fragen der Zeit, namentlich die soziale, befriedigend, ohne den Umsturz aller bisherigen Kultur, zu beantworten und so den allerschwersten dem Bestande der modernen Staaten drohenden Gefahren vorzubeugen.

B. O. T. Schafter.

Der Heilige. Ein Drama in drei Akten. E. Ebering, Dramaturgisches Institut.

Unter allen künstlerischen Problemen erschien mir stets das Geschick der Unzeitgemäßen das tiefste. Darunter verstehe ich Alle, die nicht in jener Zeit leben, die ihrem Wesen entspricht und in der sie Großes zu leisten berufen wären: alle Vorgeborenen und Nachgeborenen. Der „Zufall der Geburt" zerstört hier viele edle Kräfte. Wie solche Menschen, die ihrer Zeit im Innersten fremd sind, doch ihr sich anzupassen suchen, will ich an einem Beispiel darstellen. Ich will zeigen, wie ein Mann, den glühende Aufopferungslust treibt, in unserer Zeit sich seine Mission sucht und findet. Frühere Jahrhunderte — die überaus Zufriedenen unserer Zeit nennen sie die dunklen — hätten ihn wohl zum religiösen Märtyrer gebildet. Er hat den religiösen Fanatismus Derer, die sich ein leuchtendes Ziel gestellt haben; er selbst bringt jedes Opfer und verlangt von dem Jünger das Selbe. Der Jünger ist eine Frau. Sie bringt ihm durch die Auslieferung eines entscheidenden Dokumentes, das sie durch arge List von ihrem Gatten erlangt hat, den Sieg: die glückliche Vollendung eines von ihm mit Kraft und Klugheit unternommenen Strikes. An einen duldenden Heiligen dachte ich, wie man sieht, nicht; wohl aber an einen jener Kämpfenden, die den Zorn und die Kraft hatten, denen kaum ein Mittel zu schlimmer Art war und die nun mit ihrem gewaltthätigen, auffaugenden Wesen in einem so sehr geänderten Leben stehen. Darin — im Widerspiel zwischen Mensch und Zeit — lag das Problem; und ob die versuchte Lösung die richtige war, haben die Leser nun zu entscheiden. Einstweilen nur die Leser; denn dem wahrlich nicht für den Buchhandel geschriebenen Drama hat bis jetzt keiner der Theatergewaltigen eine schützende Zufluchtstätte geboten. Ich verarge Das den Herren, die in unbeamteten Jahren so furchtbar „literarisch" waren, wirklich nicht. Ich weiß wohl, daß ihnen das „Weiße Rößl" und das „Liebe Ich" keine Zeit lassen, sich mit jungen Leuten zu beschäftigen, die anmaßend genug sind, ihnen mit Problemen und Versuchen zu kommen, statt, wie Klügere, in Börsenwitzen oder in den Fliegenden Blättern nach den Keimen zu suchen, die auch in der unvergleichlichen realistischen Aera im Geistesleben des deutschen Volkes so köstlich gedeihen.

Wien. Ludwig Bauer

Eine Warnung.

Wenn es nun zu einem Kriege zwischen Frankreich und England gekommen wäre? Der Faschoda-Zwischenfall zeigt, wie leicht es sich bisher unsere Bank- und Börsen-Optimisten machten, als sie gleichsam die goldene Zeit des ewigen Friedens angebrochen sahen. Erst in den letzten Wochen kamen Besorgnisse bei uns auf; man sagte sich, einzelne Führer der französischen Armee könnten ein starkes Interesse an einem die Erregung ablenkenden Kriege haben. Daß die Furcht so plötzlich entstand, sollte zum Nachdenken stimmen. Selbst arge Pessimisten glaubten nicht an einen Kampf zwischen England und Frankreich; dazu ist es ja nun auch nicht gekommen. Aber die Thatsache bleibt bestehen, daß in Falmouth unterseeische Minen gelegt, in Portsmouth elektrische Scheinwerfer aufgestellt wurden und das britische Marineamt mit den Schiffsgesellschaften Transportvereinbarungen getroffen hatte; auch waren die in London lebenden Franzosen schon von ihrem Konsul aufgefordert worden, sich zum Militärdienst bereit zu halten. Lange sah man in England nicht solche Kriegsvorbereitungen; und man darf nicht daran zweifeln, daß die Sache sehr ernst war, um so ernster, als ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich vielleicht noch zu lokalisiren wäre, während ein Krieg zwischen England und Frankreich ziemlich sicher zu einem Weltkriege führen müßte.

Was fingen aber in einem solchen Falle unsere Großbanken an? Die lebhafteste und meistseitige von ihnen wird bekanntlich schon lange eine Friedensbank genannt, weil sie, wie das Spottwort sagt, einen Krieg absolut nicht vertragen könne. Heutzutage würden aber bald auch die übrigen Institute in schlimme Verlegenheiten gerathen. Man braucht nicht zu fürchten, daß etwa ein run die Depositen-Abtheilungen stocken ließe — in dieser Beziehung scheint wenigstens an den ersten Stellen Alles sehr sorgsam vorgesehen zu sein —: was aber würde aus den ungezählten Millionen, die als Accepte in der Handelswelt cirkuliren und um deren Deckung es im Augenblick einer kriegerischen Ueberrumpelung zweifelhaft genug stehen könnte? Die Banken haben ihre Tratten einzulösen, einerlei, welchen Regreß sie nachher an deren Aussteller nehmen werden. Das ist eine alte Sorge, die schon seit Jahren von kritischen Köpfen erörtert wird, bei der bisher aber stets nur unser außerordentlich überspannter Waarenkredit in Frage kommen konnte. Jetzt ist der noch überspanntere Industriekredit hinzugetreten; und, wie hier schon betont wurde, die mit industriellen Obligationen vollgestopften Portefeuilles der Banken suchen auf jede erdenkliche Weise Entlastung. In einer gefährlichen Stunde würde also die finanzielle Lage durch in solchem Umfang früher kaum gekannte Engagements in technischen Geschäften aller Art verschärft werden. Ich wiederhole nur das Wort eines klugen Bankmannes, wenn ich sage, daß im Kriegsfalle außer Rothschild kein Mensch bezahlen könnte. Das ist in der Form vielleicht übertrieben, aber im Grunde wahrscheinlich ganz zutreffend.

Dabei darf man nicht einmal annehmen, daß ein zwischen England und Frankreich isolirter Krieg die Klemme bei uns weniger peinlich gemacht hätte. Im Gegentheil: so lange das britische Reich selbst außer Spiel bleibt, haben wir noch immer den größten Geldgeber zur Verfügung. Was in London aber schon die Möglichkeit einer internationalen Verwickelung bedeutet, haben wir jetzt gesehen. Wir haben eine englische Diskonterhöhung erlebt, weil die Direktoren aus Downing-Street ungünstige Faschoda-Nach-

richten empfangen hatten, und wir sahen auf diese Nachrichten hin die Bank von allen Seiten Gold heranziehen. Wäre nicht am Donnerstag die Meldung von einem fast sicheren Nachgeben der Franzosen gekommen, dann hätte der Diskont weiter erhöht werden müssen, — nicht etwa, um Goldverschiffungen z. B. nach New-York zu verhindern, sondern, um noch mehr Gold hereinfließen zu lassen. Trockene Zahlenmenschen haben in jenen Tagen noch immer vom new-yorker Wechselkurs gesprochen, während es doch ganz klar war, daß in Tagen, wo die Kriegsschiffe ihre Kohlenbestände auffüllen, auch die Bank ihre Goldvorräthe stärker als sonst vermehren muß. Zum Bezahlen im Kriege, in fremden Ländern, gehört eben Gold und es ist erst ein paar Jahre her, seit man die Häufung des russischen Goldschatzes allgemein auf Kriegsabsichten deutete. Bei der Fülle unserer heutigen Engagements wäre ein plötzliches Versiegen der englischen Geldquelle den deutschen Banken übel bekommen. Die ersten Spuren des Unbehagens waren ja schon sichtbar; und charakteristisch ist die Erklärung eines Direktors der Bank von England: in Wirklichkeit bestehe eine große Abundanz, die aber durch die allgemeine Zurückhaltung in Folge der Kriegsgefahr in Knappheit verwandelt worden sei.

Wenn die Verstimmung zwischen den Westmächten nur noch vierzehn Tage länger gedauert hätte, wäre sie auch dem kleinsten deutschen Fabrikanten fühlbar geworden. Die Banken von England und Frankreich hätten nur noch eine Goldpolitik gekannt, d. h. jeden Diskontosatz angenommen, der nicht etwa das Entnehmen von Sovereigns oder Napoléons hinderte, sondern auch noch so viel neues gelbes Metall wie irgend möglich verschaffte. Auch unsere Reichsbank mußte dann ihre Rate schnell erhöhen, damit die Zwanzigmarkstücke nicht weggingen. So wären Handel und Gewerbe zwischen zwei Feuer gerathen: in London und Paris hätten die berliner Banken, statt weiter zu empfangen, in Folge von Kündigungen noch zurückzahlen müssen und auf dem heimischen Markt hätte der Zinssatz die Waaren- und Betriebsgewinne mehr oder weniger verkürzt. Wer bürgt dafür, daß ähnliche Zwischenfälle nicht unversehens wieder eintreten? Deshalb muß endlich die Frage gestellt werden: Haben sich unsere Großbanken bei ihren rastlosen Geschäftsausdehnungen auch eine Rückzugslinie offen gehalten?

Jeder Deutsche, der sein Vaterland liebt, wird dessen technische und geschäftliche Entwickelung mit Stolz ansehen und dabei auch der Verdienste unserer Banken gedenken müssen. Man mag das Kapital noch so egoistisch nennen: es ist seit vielen Jahren in gewissem Sinne patriotisch geworden. Den ganzen Schatz ihrer Erfahrung haben unsere Finanzleute der Industrie zugewandt, sie haben mit ihr jede Sorge getheilt und jede Vorsorge fast allein ersonnen, bis dann endlich die Hüttenmänner und Großfabrikanten vom Bankwesen genug gelernt hatten, um sich mündig zu machen. Seitdem fehlt der Thatkraft, die unsere Arbeitmärkte nährt, die Hemmunginstanz. Die Hochfinanz steht nicht mehr über dem Ausdehnungdrang der Industrie, sondern ist nur noch deren Handlanger, — oft freilich ein Bischen in dem Sinn, wie Bismarck der Handlanger seines Kaisers war. Immerhin sind unsere Bankiers meist nicht mehr, wie einst, die über industrielle Geschäfte entscheidenden Faktoren, sondern nur noch die Geldgeber und Geldmacher. Sie werden da als Spezialisten in ihrer Branche eben so ausgenützt wie Chemiker, Mathematiker, Elektriker u. s. w. Wenn die Zeiten wieder schlechter werden und das Schwinden des Geldes wieder dessen Unentbehrlichkeit zeigt: erst dann

werden die größten Industriellen vielleicht wieder geneigt sein, ihre Bankdirektoren nicht mehr als Fachsimpler anzusehen, sondern sie als Berather zu schätzen.

Die Situation hat für die Industriellen sicherlich ja auch ihre Vortheile. Sie tragen die moralische Verantwortlichkeit für ihre Papiere nicht, sondern überlassen sie großmüthig den Firmen, die den Prospekt unterzeichnet haben. Zeigt sich dann später, daß ein Industrieunternehmen sich gewaltig überhoben und sein Kapital unter sehr kurzer Voraussicht auf vorübergehende große Aufträge vermehrt und beschwert hatte, so sinken natürlich die Kurse und die Dividenden. Dann kommt die wahrhaftige Presse, die sich von ihrem Gewissen gedrängt fühlt, dem „Volk" stets einige Namen hinzuwerfen, und erklärt: Diese Aktien haben die Firmen X und Y zu dem und dem Kurs herausgebracht. Als aber die Aktien so gestiegen waren, daß die Zeichner mindestens 100 Prozent Nutzen einsäckeln konnten, wurde den Emissionhäusern nie ein Extralob gespendet. Aber sobald es zu verdammen gilt, müssen sie daran glauben und die eigentliche Ursache, der rastlose Nachdruck der Industriellen, wird in keinem Blatt erwähnt. Man sollte lieber die Warnerstimmen beachten, die trotz der starken Beschäftigung unserer Industrie und den daraus entstehenden Lohnbesserungen doch von einer Ueberspannung des Bogens abrathen. Wer den Aufschwung und Niedergang einzelner Geschäftsperioden schon erlebt hat, weiß auch, daß in der Gründerzeit zwar ein gewisses Wohlleben der Arbeiter, viel mehr aber nach dem Krach ihr Elend sichtbar wurde. Und heute sind die Arbeiter in ungeheuren Mengen in großen Städten thätig, wo die Entlassung Tausender die erregten Sinne der Darbenden leicht auf die Häuser und Kassen der vom Schicksal Begünstigten hinlenken könnte. Sobald aber in der Industrie das eigentlich ganz zwecklose Drängen aufhörte, würde alles Das gemächlich ausgeführt werden, was jetzt in Ueberstürzung und ruinösem Wettkampf geleistet wird. Dabei werden die „Hände" von Tag zu Tag knapper. Ein schlesischer Gutsbesitzer, der durchaus kein „Agrarier" ist, schilderte mir neulich, wie die Industrie ihm seine Tagelöhner wegnehme, so daß ohne das Wetterglück die Ernte auf dem Felde verfault wäre. Und zum Mähen braucht man doch Menschen; da helfen keine Maschinen. Die Industrie bezahlt eben Löhne, die man auf Gütern auch beim besten Willen nicht aufbringen kann. Was drängt aber unsere Industrie? Nicht Rüstungen, sondern fast nur die unersättliche Geschäftslust. Das technische Proletariat aus den „besseren" Ständen, das wir jetzt haben, sollte man auch nicht ohne Besorgniß wachsen sehen.

Die deutsche Elektrotechnik z. B. braucht zur Verzinsung ihrer Aktien- und Obligationen-Bestände für 300 Millionen Jahres-Aufträge. Glaubt man wirklich, daß diese Verzinsung noch länger als zwei Jahre möglich ist, obwohl die Straßenbahnen, in den soliden Ländern wenigstens, so ziemlich umgewandelt sind und auch Beleuchtung und Kraftübertragungen bald annähernd durchgeführt sein werden? Was dann? Maschinen, die stillstehen, rosten und ein großer Stamm von Arbeitern, der entlassen werden muß, ist später oft nicht wieder zusammenzubringen. Wenn aber all Das, was jetzt hastig gemacht wird, in Ruhe und Stetigkeit gemacht würde, dann hätte man auf viele Jahre hinaus nichts zu fürchten. So steht es auf den meisten Industriegebieten, seit die Hochfinanz nicht mehr entscheidet und beschließt, sondern gehorsam folgt... Die Faschoda-Frage mag die Industriellen lehren, wohin die übertriebene Anspannung der Kräfte in einem Kriegsfalle führen müßte und auch im Frieden stets führen kann. Pluto.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: M. Harden in Berlin. — Verlag der Zukunft in Berlin
Druck von Albert Damcke in Berlin.